

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren:
Betragt für die sechsheftigen Kolonnen
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereine
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 4. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Fiasko der evangelisch-socialen
Bewegungen.

Außer den Gewerkschaften haben vor allem auch kirchliche
protestantische Organisationen die vergangene Pfingstwoche
zur Abhaltung ihrer Jahreskongresse benützt.

Wie gesagt, früher zu Anfang der Vier Jahre waren die
drei ein Herz und eine Seele. Die kirchlich-socialen Konferenzen
existierte überhaupt nicht.

Ganz abgesehen davon, daß man in transcendentaler
Ideologie direkt Unmögliches wollte, so verhinderte schon die
Spaltung der ganzen „evangelisch-socialen Bewegung“ um die
Mitte der Vier Jahre die auch nur beginnende Bewirklichung.

Seitdem sind die drei „Größen“ scheidlich und meist auch
friedlich nebeneinander hergegangen. Aber nicht berg auf!

Es ist darum gänzlich unverständlich, wie auf der dies-
jährigen Tagung in Braunschweig der Vorsitzende Landes-
ökonomierat Robbe nach Worten großer Selbsterkenntnis für
den Kongreß doch das eine dauernde Verdienst in Anspruch
nahm, daß er, in einer Zeit socialer Ernüchterung, in der man
nur noch an patriarchalische Einrichtungen dachte (gemeint ist
wohl die zweite Hälfte der Vier Jahre), die Notwendigkeit
des Fortschreitens socialer Reform betont hat.

Der Kongreß aber faßte eine Resolution, in der er auch diesem
Referenten für seine Ausführungen dankte. Nur ein
einziges, der Landgerichtsrat Mulemann, auch ein ehemaliger
eifriger Befürworter des Ausnahmegesetzes im Reichstag,

Nach alledem ist es nicht verwunderlich, daß es seit
Jahren mit dem Kongreß rückwärts gegangen ist. Auch in
Braunschweig sollen kaum 200 Besucher anwesend gewesen
sein, während man früher an die 1000 zu zählen pflegte.

Die kirchlich-socialen Konferenzen Stöckers
hat dagegen einen außerlich direkt entgegengesetzten Verlauf
genommen. Sie tagte in Stuttgart. Bis zu 1500 Menschen
sollen anwesend gewesen sein, darunter eine wirkliche Herzogin.

Der alte leistungsunfähige Graf Solms, verloren gegangen ist.
Das andre ist die Schar der sog. Gemeinschaftsleute, denen
sogar der heutige kirchliche Betrieb für ihre Frömmigkeit nicht
genügt, und die sich deshalb noch in privaten Zirkeln befehlen
sorgen. Sie sind durchaus überweltlich gerichtet, während die
Christlich-socialen immerhin politisch und social interessiert sind.

Stellung der Christlich-socialen und Deutsch-socialen verhandelt
werden soll und Stöcker wie Liebermann sprechen werden.

Endlich die evangelischen Arbeitervereine.
Auch hier auf der diesjährigen Zusammenkunft in Speyer
der Krach. Zwar, sie waren nie ganz einig: Die rheinisch-
westfälischen lösten wider die süddeutschen, die sächsischen
wider den Gesamtverband; die einen folgten national-
liberalen Größen, wie dem Reichstags-Abgeordneten Franken,
die andern waren „mehr national-social gerichtet“, die Dritten
standen ganz im Sinne konservativer Stadtgeistlicher. In
jedem Provinzialverbande spielten und spielen ein paar
Männer die ausschlaggebende Rolle, die sich in ihm ihr
„Herrschafts- und Führungsgebiet“ geschaffen haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juni.

China's Zukunft.

Sir Robert Hart, der während der Chinawirren wiederholt
eindrucklich die Schuld Europas betonte, ist jetzt in einem Aufsatz in
der „Deutschen Revue“ bemüht, durch klugen Rathschlag dahin
zu wirken, daß die Beziehungen zwischen Europa und China nun-
mehr endlich sich besser und friedfertiger gestalten.

Sir Robert Hart ist ein überaus unparteilicher Urtheiler und
Bermittler zwischen Europa und China. In er beurteilt unres
Erachtens das europäische Eindringen, die christlichen Missionen viel
zu günstig; um so beachtenswerter auch für den aufgelaufenen
Kulturstolz der europäischen Adaltpresse sollte dasjenige sein, was
Hart auch jetzt wieder über das wahrheitswidrig verlästerte China
sagt.

So sagt Sir Robert Hart:
Wenn wir versuchen, dem chinesischen Reich die Diagnose zu
stellen, so finden wir, daß es ein Staat ist, der dem Militarismus
entgegenwirft und die Vernünftigkeit auf den Thron erhebt
und von nicht aggressiver Natur ist.
Die Chinesen stehen in ihrem Respekt vor der Bildung
niemand nach. Inbesten ist das Ziel der chinesischen Ge-
ziehung mehr die Charakterbildung als das, was wir
die Erwerbung von Kenntnissen nennen, und daß dieses Streben
von Erfolg begleitet gewesen ist, hat man an dem uner-
mülichen Gewerksleib, dem unerbändlichen
Frohinn, dem einsichtsvollen Fortschreiten,
dem allgemeinen Wohlerhalten und der gesegneten Natur der



Bevölkerung jeder Provinz gesehen. Zugleich darf man nicht annehmen, daß die chinesische Wissenschaft geistlos oder daß das Land ohne eine Literatur ist: im Gegenteil, der Umfang der literarischen Thätigkeit und die Quantität des veröffentlichten Lesestoffs sind enorm, und die gebildete Chinesen ist eine wahre Mine von intellektuellen Schätzen. Geschichte, Biographie, Philosophie, Poesie, Romanbildung, Reisebeschreibung, Kritik, Essay- und Memoirlitteratur usw. haben das Land mit Veröffentlichungen überflutet; voluminöse Encyclopädien sind vorhanden, und ershöpfende Wörterbücher sind herausgegeben und neu gedruckt worden, lange ehe Johnson erschien oder Webster an der Arbeit war oder von der französischen Akademie die Rede war. Ausländer, die die Sprache studieren, werden von ihr bezaubert und wünschen sich manchmal die biblischen sechzig Jahre des Menschen, um in den Millionen von Büchern zu schwelgen und zu lesen, was sie über jeden erdenklichen Gegenstand zu sagen haben.

Zunächst behandelt dann Sir Robert Hart die militärischen Folgen der jüngsten Ereignisse:

„Unglücklicherweise drängt der Gang der Ereignisse und die Macht der Umstände jetzt China zu der Erkenntnis, daß es sich auch auf eine militärische Aktion anderer Staaten gefaßt machen und sich dafür rüsten muß; und so kommt es, daß China gegen seinen Wunsch und Willen in Zukunft eine Militärmacht werden muß. Es wird viel Pladerer und manche Maßregeln und Katastrophen geben, aber früher oder später wird der Staat gesund, kräftig und ergröbt daraus hervorgehen, im Besitz dessen, was die Welt ihm aufzwingt — militärischer Kraft, und sobald er die haben muß, wird er sie schließlich von der besten Art haben: die besten Waffen, den vorzüglichsten Drill, die höchste Ausbildung, und Soldaten in solcher Zahl, wie die Bevölkerung erlaubt und die Umstände erfordern, und von einer Qualität, wie sie die Körperbeschaffenheit, die moralische Kraft und die Schulung im Laufe von Generationen schaffen wird. Gegenwärtig, wo es sich darum handelt, China für die Thron der Vögel vom vorigen Jahre zu bestrafen, verbietet der Besten unter andern die Einfuhr von Waffen; im Hinblick darauf sagte ein Sprößling einer vornehmen Familie zu mir: „Sehr gut; das zwingt uns, Selbstproduzenten zu werden. Jetzt — denken Sie an mich! — werden wir selbst in angemessener Zeit Exporteure sein, und nicht nur das, sondern wir werden die gegenwärtigen Fabrikanten unterbieten.“

Weiter ist eine Reform der Rechtspflege nötig, insbesondere um den Alp der den Ausländern zugestandenen Exterritorialität (Widminterwerfung unter die Landesgesetzgebung) loszuwerden. Die Exterritorialität ist eine schwere Vertragskränkung der Souveränität und darf nur so lange aufrecht erhalten bleiben, als die Umstände es rechtfertigen. Sobald China nach japanischem Vorbild Rechtsbehörden schafft, die die Ausländer schützt, sollte die Exterritorialität aufgehoben werden. Der Stachel einer abgeprehten Konzession, wie es die Exterritorialität ist, gebietet nicht zu denen, die die Zeit absumpfen wird; im Gegenteil, jedes weitere Jahr seines Vorhandenseins, jeder Fortschritt auf Wacht und Wissen verschärft ihn. Die Exterritorialität ist eine Gabe, die früher oder später zurückgegeben oder zurückgenommen werden muß.“

Sodann behandelt der kundige Verfasser eingehend die nötigen Reformen auf dem Gebiete des Beamtenwesens (bessere Besoldung, um Bestechungen zu beseitigen), des Verkehrs und des Handels, bezüglich der Vertragshäfen. Endlich bespricht er das Missionswesen. Die Chinesen, sagt Hart, sind nicht intolerant, weder die Regierung noch das Volk; andrerseits erkennt Hart den Missionen erhebliche Verdienste in Werken der Wohltätigkeit und Krankenpflege etc. bei. Aber die Missionare müssen lernen, sich ganz auf ihren Zweck zu konzentrieren und jede außerordentliche Einmischung in Sitten und Gebräuche des Landes zu unterlassen. Vor allen Dingen sollte der Missionar sich absolut verhalten, sich in einen Rechtsstreit oder ein Amtsgeschäft in irgend einer Form oder Gestalt einzumischen, und er sollte seine Leute lehren, es dem Heiden in der Ehrfurcht vor dem Gesetz, der Aufrechterhaltung der Autorität und der Vermeidung jedes Unrechts vorzuziehen. Man sollte keine auffallend stolzen Gebäude bauen und die einheimische Architektur achten.

Sir Robert Hart schließt seine Betrachtungen mit eindringlichem Appell an die Vernunft und Gerechtigkeit Europas:

„Solche Aenderungen, wie sie in den verschiedenen im vorhergehenden besprochenen Beziehungen vorgeschlagen worden sind, würden die Ausländer in China keines ihrer Rechte oder Privilegien, die sie unter den gegenwärtigen Verträgen genießen, berauben, während sie viel dazu beitragen würden, die Vorwürfe der Kritiker zum Schweigen zu bringen und eine freundliche Aufnahme gegenseitigen Verkehrs durch das Volk und wirksamen Schutzes durch die Behörden zu bewirken. China hat eine Zukunft, und des einen oder andern Tages in dieser Zukunft wird China, abgesehen von dem Schutze, den ihm die Natur in der Gestalt des Klimas gewährt, mächtig sein; soll diese mächtige Zukunft für uns freundschaftlich sein oder das Gegenteil? Das Vorgehen der Gegenwart wird viel dazu thun, darüber zu entscheiden!... China ist der friedfertigste und am wenigsten aggressive der Staaten, und es wird eine gute Politik sein, ihn in dieser Richtung sich weiter entwickeln zu lassen und nicht in die Notwendigkeit zu versetzen, sich anders zu verhalten. Ein vernünftiges Vorgehen schließt nicht kategorisches Fordern aus, aber dieses sollte, mehr als irgend etwas anderes, nicht nur gerecht, sondern auch vernünftig sein; eine Verschiedenheit der Ansichten bedeutet nicht notwendig Unvernunft — es ist nur die falsche Ansicht, die unvernünftig ist; ein freundschaftlicher, wenn auch lange dauernder Austausch von Ansichten bietet die einzige Gewähr für gegenseitige Verständigung, gegenseitiges Wohlwollen und gegenseitiges Entgegenkommen. Der Chinese ist am Ende doch ein Mensch, und die beste Art, gut mit ihm auszukommen, ist, ihn zu behandeln, wie man einen Menschen behandeln muß.“

Es wird sich zeigen, ob Europa seine Triebe zu zähmen und in Vernunft und Gerechtigkeit mit einem Volke zu leben sich entschließen wird, dessen Kultur sich sicherlich vielfach mit der vielgerühmten europäischen Zivilisation messen darf.

**Die Zollkonferenz.** Beim Reichskanzler Grafen v. Bülow hat am Montagvormittag, wie die „W. B. N.“ mitteilen, eine Vorbesprechung zu der am Dienstag beginnenden zollpolitischen Konferenz stattgefunden. Die Verhandlungen der Konferenz sollen vertraulich sein. Das Rätsel über die Art des neuen Zolltarifs und die Höhe der Kornzölle wird also weiter gehen.

**Deutsch-französische Höflichkeit.** Der Kaiser hat den Besuch zweier französischer Offiziere dazu benützt, um Frankreich eine kleine Liebenswürdigkeit zu erweisen. Er hat genehmigt, daß in der Verteilung von Erlaubniszeichen für den Besuch französischer Offiziere in den Reichsländern unter den notwendigen staatsrechtlichen Erleichterungen eintreten.

Wäher läge und unendlich wichtiger wäre, wenn endlich deutsche Reichsbürger von dem Ausnahmezustand des Diktaturparagrafen befreit würden!

**Der indiskrete „Reichs-Anzeiger“.** D. H. August Scherls „Reichs-Anzeiger“ hatte die Ansprache Wilhelm's II. an die französischen Offiziere veröffentlicht. Diese Publikation ärgerte nicht nur die konkurrierende bürgerliche Presse, die vor Reib über das Scherls-Geld zu plagen drohte und deshalb allerlei Dummheiten gegen den indiskreten „Reichs-Anzeiger“ schweberte — Wisse würde natürlich niemals eine solche Sensation veröffentlichen, wenn sie ihm in die Hände läme —, sondern sie scheint auch der verantwortlichen Regierung unangenehm gewesen zu sein. Die Veröffentlichung, die übrigens auch ein wenig abweichend im Pariser „Figaro“ erschien, wird deshalb als großer Vertrauensbruch behandelt.

Die „Berliner Neueste Nachrichten“ erfahren authentisch, daß die Einleitung einer Untersuchung befohlen und bereits im Gange sei. Es sei hierbei zugleich festgestellt, daß, da die Veröffentlichung ausdrücklichen allerhöchsten Befehles zuwider erfolgt ist, von einem Uebergehen des Reichskanzlers resp. des Anwesenden Amtes, wie in mehreren Blättern ausgesprochen wird, nicht die Rede sein könne.

Uebrigens hat sich die Aufregung der offiziellen und offiziellen Welt über die Veröffentlichung der neuen zur Aufregung Anlaß gebenden Rede wohl nur wegen der darin enthaltenen Depesche des Jaren an den Kaiser erhoben. Es scheint da irgendwo wieder einen Haken zu geben, wie denn in den Rundgebungen, die zwischen Berlin und Petersburg gekauft werden, fast immer ein höflich-diplomatisches Rätsel zu lösen übrig bleibt.

**Der landwirtschaftliche Ernteverlust** wird von agrarischer Seite für Preußen auf 183 1/2 Millionen beim Weizen und 103 Mill. beim Roggen berechnet.

Den von dem Rotstand betroffenen Kleinbauern wird schnelle Hilfe seitens des Staates nicht versagt werden können. Andererseits wird bei den zu erwartenden steigenden Brotpreisen im Interesse der Arbeiter gebieterisch die Aufhebung der verteuernenden Getreidezölle zu verlangen sein.

**Die Wahl in Greifswald.** Das amtliche Wahlergebnis lautet: Bei der Reichstags- und Wahlkreis Greifswald-Oranien am 29. Mai wurden insgesamt 17 123 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Vergart a. D. Goltz ein Berlin (freisinnige Vereinigung) 9698 Stimmen und auf den Landrat v. Mehr Greifswald (kons.) 7457 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Die konservativen Wähler suchen die Bedeutung dieses Wahlausfalls mit allerlei höchst komischen Ausflüchten abzuleugnen. So schreibt z. B. heute Abend der „Reichsbote“:

„Dieser Ausfall der Wahl hat in vielen Kreisen große Verwunderung erregt und am meisten in den Kreisen der Liberalen — dieselben sind ganz erstaunt über ihren großen Wahlsieg, den sie mit Hilfe der Sozialdemokraten errungen haben. Viel werden sie auch dem Umstand verdammen, daß jetzt die Bauern im Felde alle Hände voll zu thun haben, zumal bei dem jetzigen Arbeitermangel, so daß wahrhaftig viele Bauern und landwirtschaftliche Arbeiter bei dem Mangel der Wahlpflicht gar nicht zur Wahl gekommen sind, während die städtischen Industriearbeiter und das gebildete Bürgertum, die der Pfeife des freisinnigen Rattenjägers folgen, jedenfalls Mann für Mann an der Wahlurne erschienen sind, gehoramt der Parole: gegen den Brotwucher. Es ist einfach lächerlich, wenn die Liberalen aus dieser Wahl große politische Konsequenzen ziehen, indem sie im Geiste schon eine neue liberale Ära aufsteigen sehen und die Regierung dementsprechend einzuschüchtern suchen. Die Regierung wird wissen, wie die Dinge im Lande liegen und nach welcher Notwendigkeit sie zu handeln hat. Aus solchen Erfahrungswahlen sind nie allgemeine Schlüsse zu ziehen.“

Die liberalen Hoffnungslosigkeit sind freilich ebenso erheitert wie die erheuchelte Wertschätzung des Wahlausfalls seitens der Konservativen. Wohl aber giebt der „Reichsbote“ selbst zu, daß einestheils die Bauern keineswegs das ihnen von den Junkern zugemutete heiße Interesse an der Erhöhung der Kornzölle haben, daß aber andrerseits die städtische und arbeitende Bevölkerung die schwere Gefahr, die ihr droht, erkannt hat. Hieraus ist folgerichtig der „allgemeine Schluß“ zu ziehen, daß bei Wahlen im ganzen Reiche die Wotverteuerer eine vernichtende Niederlage erleiden würden.

**Reichstags-Erfahrungswahl in Memel.** Für die durch das Ableben des Reichstags-Abgeordneten Smalaks erforderlich gewordene Reichstags-Erfahrungswahl im Wahlkreis Memel-Heidekrug wurde von einer litauischen Wählerversammlung der Gutsbesitzer Mattschull aus Misko als Kandidat aufgestellt. Kandidat der vereinigten liberalen Parteien ist der Direktor der Memeler Sägewerke, Kaufmann Schaak, während unseinerseits der Parteigenosse Otto Braun-Königsberg aufgestellt wurde.

Auch diese Wahl wird unter der Lösung ausgefochten werden: Für oder wider die Erhöhung der Getreidezölle.

**Eine kleine Kanalpredigt** hielt Prinz Ludwig von Bayern auf der Wanderversammlung bayerischer Landwirte in Zwiesel (Niederbayern). Prinz Ludwig sprach den Wunsch aus, daß die Landwirtschaft wie in früheren Jahrhunderten blühen möge; sie dürfe aber nicht in Gegensatz zu andern Erwerbsständen treten. Die Landwirte seien heute nicht mehr Gegner neuer Verkehrswege, sie wünschten Anschluß an den Weltverkehr. Neben den Eisenbahnen seien weitere Verkehrswege nötig.

**Beförderung der Kanalrebellen.** Der neue Minister des Innern hat sich den wegen seiner Kanalabstimmung gemäßigten Landrat v. Dallwig zum vortragenden Rat erklärt.

Den gemäßigten Landräten wird nicht eher von der Regierung die angemessene Sühne gewährt sein, als bis sie sämtlich zu Ministern oder Staatssekretären ernannt sind.

**„Läftig“ gewordene Lohndrücker.** Aus Halle a. S. wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Durch den acht Monate andauernden Maurer-Ausstand sind zahlreiche italienische Arbeiter hierher gezogen worden und die Polizeiverwaltung hat sich dieser Leute, durch deren Kommen der Maurer-Ausstand allmählich in den Zustand der Versumpfung geraten ist, lebhaft angenommen. Sie hat die Leute zu und von den Arbeitsstätten geleitet, sie auf den Bauten beschäftigt usw. Ende August soll nun das Kaiser Wilhelm-Denkmal eingeweiht werden und der Kaiser hat auf Einladung der städtischen Behörden sich bereit erklärt, der Enthüllung beizuwohnen. Jetzt werden die Italiener der Polizei „läftig“ und sie beginnt mit der Abschlebung der Leute, erst langsam, aber anscheinend stetig, und es ist anzunehmen, daß die Polizei aus naheliegenden Gründen sorgen wird, daß Ende August kein Italiener mehr in Halle weilt!

Man benutze Ausländer nicht als Lohndrücker, sondern zahle ihnen, wenn sie nach Deutschland kommen, denselben Lohn, den die einheimischen Arbeiter fordern. Dann wird man sie auch nicht mehr als Attentatsgefähr empfunden.

**Freiherr v. Stauffenberg,** ein Führer des gemäßigten Liberalismus, ist, 67 Jahre alt, auf seinem Gute Nihisfen in Bitterberg gestorben. Franz v. Stauffenberg gehörte zu den Gründern des Nationalvereins, machte aber nach der Reichsgründung die Rechtschwenkung jährender seiner früheren Bestimmungsfreunde nicht mit. Er gehörte als Mitglied des bayerischen Abgeordnetenhauses sowie des Reichstags der deutschfreisinnigen Richtung an; er war 1870—1876 erster Vizepräsident des Reichstags, aus dem er 1898 auschied. Der Freisinn hatte in ihm einen seiner besten Männer.

**Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.**

Vor der Strafkammer in Köln stand ein 46-jähriger Dachdeckergehilfe unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Er war am 8. Januar auf die Polizeiwache in Wülheim a. Rh. gegangen und hatte verlangt, eingesperrt zu werden, da er betrunken sei. Als der anwesende Polizeiergeant ihm empfahl, nach Hause zu gehen, meinte er: „Dann muß ich es anders anfangen!“ Er schlug auf den Tisch und stieß Schimpfreden auf den deutschen Kaiser aus. Nun wurde er verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Auf die lange Untersuchungshaft wurden zwei Monate angerechnet.

## Ausland.

### Frankreich.

**Paris, 3. Juni.** Die Beratung des Vereinigtes im Senate beginnt morgen und wird circa zehn Sitzungen in Anspruch nehmen. Das Gesetz soll jedenfalls bis zum Schluß der Session zur Annahme gelangen.

## Spanien.

**Madrid, 2. Juni.** Die Posten der Militär-Attaches bei den Botschaften Spaniens im Auslande sollen aus Sparsamkeitsgründen eingezogen werden.

**Ausstand in Coruna.** Vom 3. Juni wird gemeldet: Die Ruhe dauert fort. Die Arbeitergesellschaften veröffentlichten eine Kundgebung, in welcher sie allen Arbeitern anraten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine Abordnung Arbeiter wird sich nach dem Kirchhofe begeben, um Kränze auf die Gräber der bei den Unruhen ums Leben gekommenen zu legen. Von den Verwundeten sind bisher 5 gestorben, der Zustand von 9 andern, welche sich im Krankenhaus befinden, ist sehr ernst. Truppenabteilungen durchziehen fortwährend die Straßen; von den Verhaftungen sind über fünfzig aufrecht erhalten worden. Gendarmen bewacht das Postamt, dessen Beamte noch immer ausständig sind; voraussichtlich wird der Verlagerungszustand morgen aufgehoben werden.

**Senatswahlen.** Der Senat wird einschließlich der lebenslänglichen Mitglieder folgendermaßen zusammengesetzt sein: 163 Liberale, 112 Konservative, 24 Anhänger des Herzogs von Tetuan, 10 Unabhängige, 4 unabhängige Liberale, 8 Demokraten und Anhänger Gamozos, 2 Aristokraten, 2 Anhänger Romero Robledo, 2 Republikaner, 2 Angehörige der nationalen Union, 18 ohne bestimmte Parteistellung (zu diesen gehören namentlich die Bischöfe). 11 Siege sind zur Zeit erzielbar. Das ministerielle Blatt „Correo Espanol“ erklärt, die Regierungsmajorität sei zwar gering, doch werde es bei straffem Zusammenhalten derselben möglich sein, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

## Portugal.

**Lissabon, 3. Juni.** (Frankf. Ztg.) Die Regierung beabsichtigt, die Kammer aufzulösen und die Diktatur zu erklären. Alsdann will sie zunächst nur das Weingesez dekretieren.

## Italien.

**Amnestie.** Aus Anlaß der Geburt einer Prinzessin ist ein Amnestie-Erlaß ergangen für Vergehen auf dem Gebiete der Presse, für Duellvergehen, für Strafen von Desertionen auf Handelsschiffen und für Verbrechen aus Anlaß der aufrührerischen Bewegung im Jahre 1898, ausgenommen der Fälle von Mord. Endlich bezieht sich die Amnestie auf eine große Reihe von Uebertretungen auf straf- und civilrechtlichen Gebieten.

## England.

**Soldatenaufuhr.** Die Londoner Morgenblätter melden: In dem Truppenlager von Schorncliffe brach eine Meuterei aus. Es kam zwischen den Auführern und der Wache, welche den Befehl hatte, die Ordnung wieder herzustellen, zu einem Zusammenstoß. Die meutenden Soldaten gaben auf die Wache mehrere scharfe Schüsse ab und widerlegten sich dann mit aufgeschlagenem Bajonett ihrer Verhaftung. Zwei Mann von der Wache erlitten durch Bajonettschläge erhebliche Verwundungen. Zehn Dublin-Büchler wurden in Haft genommen.

## Norwegen.

**Christiana, 3. Juni.** Der Storting bewilligte heute mit 69 gegen 37 Stimmen 3350 000 Kronen für die Befestigung Christianias nach der Landseite hin.

## Asien.

**Ende der Kabinettskrise in Japan.** Aus Yokohama wird vom 3. Juni gemeldet:

Bicome Katsura hat die Kabinettsbildung durchgeführt. Sone Arakusa übernahm provisorisch das Aeuhere, Minoura Keigo übernahm das Portefeuille der Justiz, Kitatschi Inoütschi, Hirata Toshi Aderbau, Isumi Tadaatsu Inneres, Bicome Tokitsuna Verkehrsweisen. Die Ministerien des Kriegs und der Marine werden von General Kodama und Admiral Yamamoto weitergeführt.

## Afrika.

**Der Boerenkrieg.** Die tägliche Verlustliste der Engländer vom südafrikanischen Kriegsschauplatz umfaßt für den 2. Juni 8 Tote, 29 Verwundete, 14 an Krankheiten Verstorbene und neun Schwerverranke. Zwei Vermisste sind wieder in das Lager zurückgekehrt.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Bisher sind hier 684 Erkrankungen und 818 Todesfälle an Pest festgestellt.

## Amerika.

**New York, Sonntag, 2. Juni.** Dem „Herald“ zufolge erklärte Senator Hanna in einer Unterredung, die Mitteilung, die vor einigen Tagen der frühere französische Minister Jules Siegfried in Montreal gemacht habe, daß McKinley, wie dieser ihm selbst sagte, kein Ultra-Schutzöller mehr sei, beruhe auf einem Mißverständnis. McKinley sei nach wie vor ein Schutzöller. Hanna glaube, daß, falls Amerika zum Zwecke der Ausdehnung des auswärtigen Handels irgendwelche Konzessionen im Zolltarif machen sollte, dies nur durch Reciprocität verträglich geschehen könne.

**Der italienische Kongreß** ist in Valparaiso am Sonntag eröffnet worden. Die Votivhaft des Vizepräsidenten besagt, die Beziehungen der Republik zu den auswärtigen Regierungen seien fortwährend herzlich und befriedigend. Der zwischen Chile und Argentinien schwebenden Grenzfrage werde sorgfältig Aufmerksamkeit gewidmet. Es werden alle Beweismittel vorbereitet, durch die Chiles Rechte vor einem Schiedsgericht erhärtet werden können und es besetze die Hoffnung, daß die endgültige Lösung der bestehenden Schwierigkeiten bald erreicht werde. Mit Bezug auf den bevorstehenden inter-amerikanischen Kongreß in Mexiko erklärt die Votivhaft, Chile wünsche das Zustandekommen von Bestimmungen, nach denen künftig alle Fragen schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterbreiten sind.

## Waldersees Abschied.

Der Weltmarschall Graf Waldersee ist am 3. Juni vormittags nach Japan mit der ihm aus dem Brand etwa noch geretteten „Habe“ abgereist; von dort wird er über Ostafrika nach Deutschland zurückkehren.

Zu Ehren der endlichen Abreise gab es noch ein Festessen beim deutschen Gesandten in Peking, bei dem sich die Herren gegenseitig ihre glorreichen Verdienste attestierten. Dem Major Förster wurde der Orden pour le mérite. Auch ein neuer Feiertag wurde gestiftet. Und zwar wird dieser Feiertag jedes Jahr am 17. Oktober — einen Tag vor dem Gedenntag der Schlacht bei Leipzig — von dem Offiziercorps des Expeditionscorps begangen werden. Für diejenigen, die nicht wissen sollten, was am 17. Oktober sich denn Weltgeschichtlich-Bedeutung begeben habe, sei bemerkt, daß an diesem ewig denkwürdigen Tage Waldersee — in Peking eingetroffen war.

Oberleutnant v. Rauch bleibt noch in Peking, um seiner Zeit den **Prinzen Tsching** nach Berlin zu begleiten, wo dieser das Bedauern des Kaisers von China über die Ermordung des deutschen Gesandten ausdrücken soll.

## Die zurückgelassenen Truppen

sind immer noch recht beträchtlich. Waldersee läßt in Peking neun „Skelet“-Bataillone von je 200 Mann. Ungefähr eben so viel werden die Engländer dort stationieren. Die Franzosen räumen Tschili, die Japaner vermindern ihre Truppen um 6000 Mann.

## Der chinesische Dreibund.

„Daily Telegraph“ meldet aus Washington: Deutschland, England und Frankreich werden die einzigen Mächte sein, welche die Garanten für die Peking mit der See verbindenden Punkte stellen, da Rußland die Teilnahme an den Beratungen der militärischen Behörden über diese Frage abgelehnt hat. Amerika hat sich geweigert, seine Truppen anzuweisen, diesen Dienst zu übernehmen.



Die Versammlung der verbündeten Generale beschloß, den Hinterschen Beamten die

Verwaltung der Stadt Peking im Laufe des Juni allmählich zu übergeben. Während dieser Woche werden täglich zwei Sonderzüge mit Truppen nach Taku abgehen.

## Nach dem Yhoner Kongreß.

Paris, 30. Mai.

Die ausgezogene Minderheit des Kongresses hat ihrerseits über die Spaltung folgende Erklärung erlassen:

Die Delegierten der „Kommunistischen Alliance“, der „Revol. Soc. Partei“, der autonomen Föderationen von Douv, Haute-Saône und Haut-Rhin, von Seine-et-Oise, Deux-Sèvres und Vendée, die den Yhoner Kongreß verlassen haben, der durch Ablehnung der Resolution Delaporte es verweigerte, die ministerialistische Politik zu verweigern, ungeachtet deren Beurteilung auf den Nationalkongressen von 1899 und 1900 und auf dem internationalen Kongreß von 1900, — bekräftigen ihren Willen, ihre Sache entschieden von denjenigen der Gefolgschaft (des suivants) des Ministeriums Waldeck-Rousseau-Millierand zu trennen; sie bestätigen ferner ihren Willen, unter Aufrechterhaltung der vollen Autonomie ihrer Gruppen die sie vereinigenden Bande von heute an enger zu knüpfen, um den sozialistischen und antiministerialistischen Kampf zu führen und so die Bedingungen der Bildung einer vereinigten sozialistischen Partei Frankreichs auf dem Boden der Opposition und Revolution vorzubereiten.

Am nächsten Dienstag werden sie sich in der Sitzung des Revolutionären Centralkomitees (Parteilitung der Blanquisten) zusammenfinden, um die Grundlagen eines neuen Übereinkommens (entente) zu entwerfen, nachdem dessen Prinzip die Billigung ihrer respektiven Organisationen und Gruppen gefunden haben wird.

Sie senden ihren brüderlichen Gruß nebst dem Ausdruck ihrer Bewunderung den wackeren Kämpfern von Montcau-les-Mines und Saône-et-Loire (die Organisation dieses Departements hat den Yhoner Kongreß nicht besucht. Der Berichtstatter.) von denen sie im voraus wissen, daß sie mit ihnen von ganzem Herzen in dem unternommenen Kampfe zusammengehen werden, — und acclamieren zum Schluß die einzige und wahre Einigkeit, die revolutionär-sozialistische Einigkeit.

Man sieht, die genannten Organisationen denken nur an ein Übereinkommen unter sich, nicht an eine Verschmelzung zu einer Organisation, trotzdem unter ihnen gar keine prinzipiellen oder auch nur tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Die nächste Zeit wird zeigen, ob das geplante Übereinkommen, das die „volle Autonomie“ der einzelnen Gruppen gewahrt wissen will, auch auf die „Französische Arbeiterpartei“ (Guesdisten) sich erstrecken wird.

Die logische Folge der Yhoner Spaltung wäre die Entstehung einer so oder anders vereinigten sozialistischen Partei der „Antiministeriellen“ als Gegenstück zu der auf dem Yhoner Kongreß organisierten „Französischen sozialistischen Partei“. Käme es freilich dazu, dann würde die Entzweiung des französischen Sozialismus zu einem in absehbarer Zeit unüberwindlichen Hindernis der Vereinigung zu einer Partei. Deshalb liegt es wohl im Gesamtinteresse des französischen Sozialismus, daß die Organisationen der „Antiministeriellen“ ihre Autonomie beibehalten, was eine Verständigung mit der andern Seite erleichtern würde. Um so mehr, als in Lyon das vorläufige Fortbestehen der Sonderorganisationen im Rahmen der allgemeinen Parteioberorganisation vorgesehen wurde.

Eine andre Folge der Yhoner Spaltung ist bereits zur Tatsache geworden. Die Deputierten der „Revolutionären sozialistischen Partei“ und der „Kommunistischen Alliance“ sind aus der sozialistischen Kammerfraktion ausgetreten, um eine neue „revolutionär-sozialistische“ Fraktion zu bilden. Zusammen mit den Guesdisten, die sich ihr wohl anschließen werden, wird diese Fraktion etwa 1/3 der bisherigen, 42 Mann zählenden Kammerfraktion umfassen.

Es ist angezeigt, den Mitteilungen unseres Korrespondenten einige Äußerungen der französischen Presse über den Ausgang des Yhoner Kongresses beizufügen.

Die nationalistischen Blätter sind äußerst zufrieden und klatschen den Blanquisten Beifall, die endlich das entwürdigende Joch abgeworfen hätten.

### „La Patrie“ schreibt:

Ihre (der Dissidenten) Gebuld wurde auf harte Proben gestellt. Die Verirrungen der Ministeriellen haben sie aufs höchste erregt. Die Blanquisten und Revolutionären befreiten sich mit Glanz aus einer unwürdigen Situation, aus einer Anrechtenschaft, welche ihre Prinzipien, ihre Popularität und ihre Ehre an eine Verbindung fesselte, die ihr Gewissen verurteilte.

Wie die „Patrie“ hofft, daß diese „schöne Manifestation der Unabhängigkeit“ Bestand haben möge, so äußert auch Rochefort seine Befriedigung über die Haltung von Vaillant. Deutlich genug behandelte Rochefort die Gründe seiner Zufriedenheit:

Auf dem Kongreß in Lyon sehen wir Leute, die bisher durch ihre Aufstellungen das Ministerium gestützt haben, mit Stolz und Entschiedenheit sich als „antiministeriell“ bezeichnen. ... Es wird leicht sein, ihnen zu bemerken, daß diese Erklärungen weniger in Lyon, als vielmehr in Paris im „Palais Bourbon“ von Wert sind.

Auch Rochefort rechnet also auf einen baldigen Ministersturz durch den Sturz des linken Flügels der sozialistischen Fraktion zu den nationalistic-reaktionären Gegnern der gegenwärtigen Regierung.

Weniger hoffnungsfreudig ist das „Journal des Debats“: „Wir glauben nicht, daß die Spaltung der sozialistischen Partei in zwei Flügel, die in ihrer Stärke einander ziemlich gleich sind, der Propaganda viel schaden wird. ... Seit zwei Jahren nehmen die autonomen Föderationen immer zu. Auf dem Yhoner Kongreß waren 40 vertreten, auf dem nächstjährigen Kongreß in Tours werden es deren sicher noch mehr sein.“

Diese autonomen Föderationen saugen nach und nach immer mehr die alten in Paris centralisierten Sekteln auf. Sie verfolgen keinen andern Zweck, als nur recht viele Wahlstimmen zusammen zu bringen und die Zahl der sozialistischen Abgeordneten in der Kammer zu vermehren, eine große parlamentarische sozialistische Partei zu gründen, deren Unterstützung für die Republik unentbehrlich wird.

Die Radikal-Sozialisten, die am weitesten links stehende bürgerliche Partei, scheinen der Hoffnung zu sein, daß sie von der neuen Situation profitieren werden. Sie glauben, daß Viviani und Genossen sich nur ihnen nähern werden. Der „Petit Sou“, das Organ des antiministeriellen Flügels der Sozialisten, rechnet ebenfalls mit dieser Möglichkeit. Dem sieht freilich eine Erklärung Jaurès entgegen, die dieser schon vor dem Yhoner Kongreß abgab und in der er den Radikalen den entschiedensten Kampf bei den nächsten Wahlen ankündigt. Die sozialistische Partei, so erklärte Jaurès, werde überall mit selbständigen Kandidaten vorgehen.

In der „Petite République“ schreibt jetzt Jean Jaurès einen Artikel „Ans Wort“. Er kommt aus Lyon zurück, „fest entschlossen“, sich nicht zu „ärgern“, sondern, gemäß den Kongreßbeschlüssen, seine Arbeit sofort wieder aufzunehmen:

Wir sind fest entschlossen, in der Periode des Kampfs und der Organisation, in die wir nun eintreten werden, so zu handeln, als ob die Teilnahme des Sozialismus an der Regierung definitiv befehligt wäre und als ob das Proletariat die Verwirklichung seines Programms nicht zu erwarten hat von der direkten Einwirkung auf den ministeriellen Mechanismus, sondern nur von dem Druck, den es auf die bürgerlichen Parteien ausübt. ... Die Durchführung des sozialistischen Programms, die Organisation aller sozialistischen und proletarischen Kräfte, das sind die Aufgaben, an deren Lösung wir mit ganzem Herzen arbeiten werden.“

Im „Petit Sou“, dem Organ der „antiministeriellen“ Gruppen,

tritt Edwards den zuverlässigen Äußerungen Jaurès entgegen. Der Yhoner Kongreß sei eine vollständige Niederlage Jaurès'. Dieser habe geglaubt, der „Generalismus“ einer großen, disziplinierten Partei zu werden, er sei zurückgelassen auf der Spitze einer Masse, die wenig und schlecht mit einander verbunden. Sein Artikel „Ans Wort“ sei nichts weniger als ein Sieges-Bulletin.

Die in Lyon befestigte „Einigkeit“ lasse sich nicht anders kennzeichnen, als die von nur Offizieren (d. h. es fehlen die Massen. D. Ueberf.), wenn auch Jaurès anders glauben machen will.“

## Partei-Nachrichten.

### Politikalisches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung des Polizeiergeanten Maar in Höchst stand vorgestern Genosse Leyendeder vor den Schranken des dortigen Schöffengerichts. Der Vorgang, wobei die angeblich beleidigende Äußerung gefallen ist, ereignete sich einige Tage nach einer Versammlung, in welcher die Behandlung städtischer Arbeiter den Gegenstand der Besprechung bildete, bei welcher Leyendeder auch unter Hinweis auf eine Mitteilung, die ihm zugegangen war, die Behandlung und Belästigung einzelner städtischen Beamten erwähnte. Diese Mitteilung gab dem Polizeiergeanten Maar Veranlassung, dem Bürgermeister zu erklären, innerhalb 2 Tagen herauszukommen, welcher Beamte die Mitteilung dem Gen. Leyendeder zugehen ließ. Dieses Vorhaben schlug fehl, da D. von einer Seite dieser Absicht mitgeteilt wurde. Bei einer Begegnung mit dem Polizeiwachmeister Dinges machte D. denselben auf die Handlungsweise des Maar aufmerksam, und er soll bei dieser Gelegenheit die beleidigende Äußerung getan haben. Leyendeder bestritt, das angebl. Wort gebraucht zu haben. Es wurde aber durch das Zeugnis des Polizeiwachmeisters bewiesen, daß die in der Anklageschrift behauptete Verleumdung gefallen ist. Der Antragsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 10 M. Das Urteil lautete auf 5 M. Geldstrafe und billigte das Gericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu. Eine Verurteilung wegen formeller Verleumdung mußte nach der Urteilsbegündung erfolgen.

## Fünfte Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Berbands.

Rürnberg, 1. Juni 1901.

### Vormittags-Sitzung.

Auf Antrag der Beschußkommission wird den freireisenden Mitgliedern in Kellertbad Streifenunterstützung gewährt. Der Streit vor dem Hauptvorstand nicht genehmigt. Dann gelangt zur Beratung der Kommissionsentwurf zur

Ganzstellung und Anstellung besoldeter Bezirksleiter. Der Entwurf wird nach längerer Debatte mit 125 gegen 65 Stimmen unverändert angenommen. Die wesentlichsten Bestimmungen desselben sind folgende:

Das Wirkungsgebiet des Verbands wird in zehn Bezirke eingeteilt. Jedem Bezirk steht ein besoldeter Bezirksleiter vor, dessen Obliegenheiten sind: Leitung der Agitation, Eingreifen bei Lohnbewegungen und Arbeitsdifferenzen, Revision der Verwaltungs- und Geschäftsstellen, Schlichtung von Differenzen unter den Mitgliedern. Der Bezirksleiter wird in seiner Tätigkeit durch eine viergliedrige Kommission unterstützt.

Die Gehälter aller Verbandsbeamten (nicht Zahlstellenbeamten) werden auf Antrag derselben Kommission folgendermaßen geregelt: Das Anfangsgehalt für alle Beamten beträgt im Minimum 160 M. monatlich. Es steigt in den ersten fünf Jahren jährlich um 100 M., in den folgenden Jahren jährlich um 75 M. bis zum Höchstbetrage von 3000 M.

Die Annahme des vorstehenden Antrags erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 88 gegen 86 Stimmen bei etlichen Stimmenthaltungen.

Ein Antrag, über den Beschluß der Generalversammlung betreffend Bau-Einteilung usw. eine Urabstimmung zu veranstalten, wird abgelehnt.

Der Punkt 4 der Tagesordnung: Unsere Taktik bei Lohnbewegungen, Differenzen, Ausständen usw. wird der vorgeschlagenen Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt. Das Referat über diesen Punkt soll als Agitations-Droschüre gedruckt werden.

Alsdann wird zur Wahl der Verbandsbeamten geschritten. Auf Antrag Wajel-Rürnberg werden die Vorstandsmitglieder in geheimer Wahl gewählt.

Der Reclamationsrat wird Scherm-Rürnberg als Verbandsredakteur einstimmig wiedergewählt. Dejung-Frankfurt a. M. als Vorsitzender des Ausschusses gegen 4 Stimmen.

Die Gehaltsverhältnisse der Hilfsarbeiter des Verbands (nicht der Zahlstellen) sind vom Vorstand und Ausschuß zu regeln. Der nächsten Generalversammlung ist eine diesbezügliche Gehaltskala vorzulegen. Nachträglich wird noch beschlossen, daß das neue Gehaltsregulativ für die schon längere Zeit im Dienste des Verbands stehenden Beamten nicht sofort rückwirkende Kraft haben, sondern vom Vorstand und Ausschuß Uebergangsbestimmungen geschaffen werden sollen.

Da die Wahlkommission ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, wird in die Statutenberatung eingetreten. Die wichtigsten Änderungen sind folgende:

§ 2 wird derart geändert, daß es nicht mehr Vereinfachung, sondern Beschränkung der Recordarbeit heißt. Das Eintrittsgeld wird für männliche Mitglieder auf 50 Pf. erhöht, für weibliche Personen bleibt es wie bisher.

### Nachmittags-Sitzung.

Zunächst wird das inzwischen festgestellte Wahlergebnis bekannt gegeben. Demnach ist der bisherige Vorstand in seiner alten Zusammensetzung mit großer Majorität wiedergewählt. Abgegeben sind 179 Stimmen. Auf Schilde, 1. Vor., entfallen 164, auf Pfeifer, 2. Vor., 161, auf Hauptkassierer Berner 174 und auf Sekretär Reichel 161 Stimmen.

In der Statutenberatung wird fortgesetzt. Angenommen wird ein Antrag Berlin, wonach denjenigen Kollegen, die ausgelern und sich innerhalb 4 Wochen nach vollendeter Lehrzeit in den Verband aufnehmen lassen, bereits nach 20 wöchentlicher Karenzzeit Reisegeld gewährt werden kann. Ferner wird in größeren Orten Aufenthalts-Unterstützung gewährt, um den Reisenden das Umschauen nach Arbeit zu ermöglichen. Das Reisegeld beträgt 1 M. pro Tag, doch müssen 25 Kilometer zurückgelegt sein.

Für die Arbeitslosen-Unterstützung gelten in Zukunft folgende Unterstufungssätze: Nach einjähriger Mitgliedschaft 1 M., nach 2 Jahren 1,20 M., nach 3 Jahren 1,35 M., nach 4 Jahren 1,50 M., nach 5 Jahren 1,70 M. täglich für 42 Tage.

Zu § 10 spricht sich die Kommission in scharfer Weise gegen den Antrag der Sektionsbildung“ und verzichtet aber auf eine Änderung des Paragraphen. Die Generalversammlung stimmte den Ausführungen, die protokolllarisch festgelegt werden, zu.

Angenommen wird ein Kommissionsantrag, demzufolge in Zukunft 750 Mitglieder statt bisher 500 einen Delegierten zur Generalversammlung zu wählen haben.

Die andern Änderungen des Statuts sind nicht wesentlich. Es folgen die Anträge zur

### Durchführung der Statuten.

Angenommen wird ein Antrag Berlin, der den Vorstand beauftragt, mehr noch als wie bisher geschieht, statistische Erhebungen zu veranstalten. Ferner wird der Antrag Stuttgart angenommen: Zur Vereinfachung der Verwaltungs-geschäfte sind die einzelnen Sektionsverwaltungen eines Orts anzuweisen, eine gemeinschaftliche Ortsverwaltung mit einheitlicher Kassensführung einzurichten.

Beschlossen wird ferner, alle Verbandsbeamten, auch die Lokalbeamten, auf Verbandskosten gegen Unfall bei einer leistungsfähigen Gesellschaft zu versichern. Die Versicherung soll auch die Agitatoren umfassen.

Zur Berichterstattung der gegnerischen Presse wurde folgende Resolution angenommen: 1. Die fünfte ordentliche Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Berbands erklärt die Mitteilungen einzelner bürgerlicher Zeitungen, welche den ersten Verbandsmitgliedern die Verwaltungsstelle Berlin D. Räther der Polizei-Konspiration verdächtigen, als unwar.

2. Sie bedauert, daß aus den Reihen der Arbeiterschaft der gegnerischen Presse Gelegenheit gegeben wurde, derartige, von ihr stets mit Behagen aufgenommenen Behauptungen zu verbreiten.

Alsdann werden die Diäten auf Vorschlag der Haushaltskommission auf 8 M. pro Tag und 4 M. Lohnentgang festgesetzt. Die Delegierten, deren Gehalt während der Tagung fortbezahlt wurde, haben die Entschädigung für Lohnentgang zurück zu zahlen.

Genosse Hansen aus Kopenhagen überbrachte die Grüße des nordischen Bruderverbands und dankte für die Hilfe, die die deutschen Kollegen dem dänischen Verbands bei der letzten großen Aussperrung hatten zu teil werden lassen.

Niemann-Chemnitz dankt den Rürnberg Kollegen für die gastliche Aufnahme und Bewirtung, welche die Delegierten in Rürnberg gefunden. Kollege Rudolph-Rürnberg sprach im Namen der Rürnberg Kollegen die herzlichsten Abschiedsgrüße aus. Der Vortragende Deisinger-Hamburg warf einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen der Generalversammlung und ermahnte dringend zur Einigkeit, damit die gefassten Beschlüsse dem Verband zum Segen gereichen. Mit einem dreimaligen Beifall aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband wurde die fünfte Generalversammlung geschlossen.

## Die Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk vor dem Kriegsgericht.

(Telegraphischer Bericht.)

(Fünfter Tag der Verhandlung.)

Gumbinnen, 3. Juni.

Der Angeklagte Sidel bestreitet mit großer Entschiedenheit, bei dem Kriminalkommissar von Wädmann angegeben zu haben: er sei im Remontestall gewesen. Er habe dies auch bei Herrn Kriegsgerichtsrat Lädike nicht zu Protokoll gegeben. — Kriminalkommissar von Wädmann: Ich halte meine Aussage aufrecht. — Die Berliner Polizeibeamten werden darauf verurteilt (im kriegsgerichtlichen Verfahren ist der Raub eingeleitet); ihnen wird alsdann gestattet, nach Berlin zurückzukehren. — Präsi.: Es muß noch festgestellt werden, ob die Fußspuren, die vorgefunden wurden, mit den Maßverhältnissen der Stiefel Martens übereinstimmen. — Es wird nun der Dragoner-Wachmeister Wupperich als Zeuge ausgerufen. Derselbe bekundet: Ich habe nachgesehen, welche Stiefel in die Fußspuren passten. Es konnte aber nicht festgestellt werden.

Alsdann werden verschiedene im Gefängnis geschriebene Briefe der Angeklagten vorgelesen, worin diese ihre Unschuld in herzergreifenden Ausdrücken beteuern.

Präsident: Ich habe noch eine Frage an Marten zu richten. Da zu befrachten steht, daß Marten in Gegenwart Sidel's nicht die volle Wahrheit sagt, so soll Sidel den Saal verlassen. — Sidel wird hinausgeführt. — Präsi.: Unteroffizier Marten, treten Sie einmal vor. Wollen Sie zugeben, daß Sie nicht beabsichtigt hatten, den Rittmeister zu töten, daß Sie aber den Karabiner auf ihn richteten, um ihn zu verletzen? — Marten: Ich bin es nicht gewesen. — Präsi.: Geben Sie auch nicht zu, am Guckloch gestanden zu haben? — Marten: Ich habe nicht am Guckloch gestanden. — Präsi.: Sie wissen doch, daß die Beweisnahme ungünstig für Sie ausgefallen ist. Sie können die Zeit von 10 bis 15 Minuten nicht angeben. Sie können auch nicht sagen, wo Sie gewesen sind in dieser Zeit. Wir wollen gern Ihre Unschuld feststellen. Sie müssen uns aber doch wenigstens eine Unterlage geben, wo Sie die 10 bis 15 Minuten gewesen sind. — Marten: Es ist möglich, daß ich irgendwo länger verweilt habe. — Präsi.: Die Entfernungen sind genau abgemessen; die Zeit ist reichlich berechnet; aber 10—15 Minuten Ihres Aufenthalts sind nicht aufzuklären gewesen. Wollen Sie zugeben, daß es nicht Ihre Absicht war, den Rittmeister zu töten, aber mit dem Karabiner geschossen haben, um ihn zu verletzen? — Marten: Ich habe nichts mit der Sache zu thun, das kann ich tausendmal vor Gott beschwören. Wenn ich es gewesen wäre, würde ich es sagen. — Präsi.: Marten, Sie stehen mit der Wahrheit nicht auf vertrautem Fuße. Sie haben mehrfach die Unwahrheit gesagt. Sie leugnen, aus dem Korridor gewesen zu sein, obwohl Sie von zwei Leuten bestimmt erkannt worden sind? — Marten: Ich kann nur wiederholen, das bin ich nicht gewesen. — Präsi.: Sie bleiben also dabei, überhaupt nicht mit dem Karabiner geschossen und auch nicht vor dem Guckloch gestanden zu haben? — Marten: Nein. — Präsi.: Sidel soll wieder eintreten. — Sidel wird hereingeführt. — Präsi.: Sergeant Sidel, ich habe Marten gefragt, ob er vielleicht nicht beabsichtigt habe, den Rittmeister zu töten, aber mit dem Karabiner geschossen habe, um ihn nur zu verletzen. Das wird von Marten bestritten. Wollen Sie zugeben, daß Marten in dieser Absicht doch geschossen hat? — Sidel: Das weiß ich nicht, ich kann es auch nicht glauben, daß Marten geschossen hat. — Präsi.: Geben Sie auch nicht zu, daß Sie am Guckloch gestanden haben? — Sidel: Nein, ich bin vollständig unschuldig und in keiner Weise beteiligt. — Präsi. (zu dem Zeugen Dragoner Stobed): Kun, Stobed, Sie hatten Zeit, genau mit Ihrem Gewissen zu Rate zu gehen und zu überlegen, ob Sie die volle Wahrheit gesagt haben. Haben Sie dieses getan? — Zeuge Stobed: Ja, wohl. — Staatsanwalt Kriegsgerichtsrat Lädike: Ich beantrage, den Zeugen Stobed zu verurteilen. Er macht einen vollständig glaubwürdigen Eindruck. Er ist allerdings verhaftet gewesen, weil sich zunächst in seiner Aussage einige Widersprüche voranden. Diese sind aber sehr bald aufgeklärt worden. Verteidiger A.-H. Horn: Ich beantrage Stobed nicht zu verurteilen. Stobed hat sich derartig verdächtig gemacht, daß er längere Zeit verhaftet war. Ein Kriminalkommissar v. Wädmann erklärte ihn für glaubhaft und veranlaßte seine Freilassung. Daß Stobed unglaubwürdig ist, das beweist dieser Brief. — Der Verteidiger will auf den Inhalt des Briefes eingehen, wird vom Präsidenten aber darauf aufmerksam gemacht, daß der Brief nicht vorgelesen werden ist. — Staatsanwalt: Der Brief war nicht Gegenstand der Hauptverhandlung und ist deshalb nicht erwähnt worden. — Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Nur der Präsident ist berechtigt zu unterbrechen, nicht der öffentliche Ankläger. Stobed ist von geringer Intelligenz, der die Folgen seiner Aussagen nicht erfassen kann. Er ist verhaftet gewesen und hat Angst, etwas zuzuschweigen. Er muß getrachtet haben, daß mit einem Karabiner geschossen worden war und woher der Schuß kam. Er kann auch nicht genau die Zeit angeben, wo er zur kritischen Zeit gewesen ist. Er hat ferner dem Wachmeister Welzer gegenüber verneint, daß die zwei Leute am Guckloch Unteroffizier Marten getragen haben. Ich behaupte, daß Stobed mindestens den Mörder gekannt und sich selbst in den Kriminalfall zurückgezogen hat. Jedenfalls ist Stobed nicht ein Mann, dem man so vertrauen kann, daß nach seiner Aussage das Todesurteil gefällt werden kann. Ich protestiere deshalb ganz entschieden gegen seine Verurteilung. — Verteidiger, Rechtsanwalt Wurchard schließt sich dem Vorverteidiger an. — Staatsanwalt: Ich wiederhole, daß ich meine Anträge aufrecht erhalte. Nach langer Beratung des Gerichtshofs erklärt der Präsident: Der Gerichtshof hat beschlossen, noch einmal in die Verhandlung einzutreten. — Auf Antrag der Verteidiger wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach längerer Verhandlung, in der Stobed in seinen vorher bestimmten Aussagen widerspruchsvoll und schwankend wurde, kam das Gericht zu dem Beschluß, Stobed nicht zu verurteilen, da er nach einstimmiger Ansicht des Gerichtshofs vollständig unglaubwürdig sei. Die Beweisnahme wurde beendet und dann beschloß, auf Grund einer kaiserlichen Kabinettsorder während der nun folgenden Plaidoyers die Öffentlichkeit auszuschließen.



Nach Beendigung seines Plaidoyers beantragt der Staatsanwalt gegen Marten und Hidel die Todesstrafe, Ausstoßung aus dem Heere, Ehrverlust und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstands, außerdem wegen Meuterei gegen Marten zweieinhalb und gegen Hidel zwei Jahre Zuchthaus. Bezüglich des Angeklagten Domning beantragte der Staatsanwalt Freisprechung.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Zum Ausstand der Dekateure.** Von den 24 wegen der Mai-fest Ausständigen liegen noch 16 auf der Strafe. Es sind fast ausschließlich alle, bewährte Kräfte, die ihre halbe Lebenszeit in ein und demselben Berufe gearbeitet haben. Sie halten fest zusammen und sind entschlossen, in andre Berufe überzugehen. Es thut uns leid, einen nach dem andern scheiden zu sehen, aber jeder Kampf kostet Opfer und wir bringen sie gern. Wir sind nicht die Unterlegenen, wie man von gewisser Seite gern sagt, sondern wir stehen moralisch hoch über unsern Gegnern und sie wissen ja auch, daß uns bekannt ist, was ihnen der Kampf kostet. Wie es mit dem angeblichen Ueberfluß an arbeitswilligen Elementen aussieht, geht am besten daraus hervor, daß die Unternehmer heute Leute einstellen und behalten, bei deren Namensnennung sie früher schon Widerwillen empfanden. Ferner versucht man fortgesetzt auf die Arbeiter einzuwirken, daß sie zur Arbeit zurückkehren. Uns liegen vier Karten vor, worin die Empfänger förmlich gebeten werden, ihre Kräfte doch zur Verfügung zu stellen; diese Arbeiter aber verzichten auf die Ehre. Wir können unser Freude unverhohlen Ausdruck geben, daß die Herren bei allen ehehlich denkenden Arbeitern abfallen. Uns Arbeitern ist es gleichgültig, mit welchen Kräften die Firmen Rudolph Lad, Otto Blumenthal und C. Meyer arbeiten, wenn die Kundenschaft, in diesem Fall die Konfektion, damit zufrieden ist. Den übrigen Dekateuren geben wir hierdurch bekannt, daß die Ausständigen sich nicht dazu hergeben, dort Arbeit zu nehmen, wo ungeredertigte Entlassungen vorgenommen werden. Da von Unternehmern darauf hingewiesen ist, Arbeiter von außerhalb (Ludensvalde) heranzuziehen, machen wir die auswärtigen Kollegen auf diesen Umstand aufmerksam. Anfragen sind zu richten an B. Manasse, Alte Jakobstraße 47, IV. Filiale III. (Dekateure) des Textilarbeiter-Verbands.

Deutsches Reich.

**Der Streik der Hamburger Kupferschmiede** dauert unverändert fort. Am Streik waren 211 Mann beteiligt, davon arbeiten jetzt mindestens 84 zu den neuen Bedingungen, abgereist sind 26 und von den 67 Lebigen werden in den nächsten Tagen wieder eine größere Zahl abreisen. Zu unterstützen sind 88 verheiratete Kollegen mit 167 Kindern. In der letzten Zeit haben sich einige Arbeitswillige eingefunden, doch ist es gelungen, dieselben auf die Seite der Streikenden zu bringen.

Jetzt versuchen die Unternehmer durch Vermittelung Berliner Kleinmeister und Großfabrikanten Ersatz für die Streikenden zu schaffen und zwar unter sehr günstigen Bedingungen, Bezahlungen nach dem Berliner Lohnsatz, Montagzuschlag usw. Die Kupferschmiede werden hiermit dringend gewarnt, derartige verlockende Arbeitsangebote anzunehmen. Jede Arbeit nach den Sechsfachen, sowie jede Schiffsarbeit muß zurückgewiesen werden, gleichviel von welcher Firma das Angebot gemacht wird.

Vertrauensmann der Kupferschmiede Berlins.

**Die Schanerleute in Lübeck** haben durch Verhandlungen mit den Arbeitern auf ein Jahr eine Lohnvereinbarung getroffen, die bestimmt, daß der Tagelohn 4 Mark beträgt, Ueberstunden an Wochentagen mit 60 Pfd., an Sonntagen mit 75 Pfd. pro Stunde bezahlt werden.

**Zum Cunevalder Weberstreik.** Wie berichtet wird, hatte der Fabrikant Aloh in Beiersdorf die Absicht, am Montag seine Fabrik zu öffnen, ohne etwas mit den etwa Anfangenden über den Lohn zu vereinbaren. Einer der größten Fabrikanten der Kausfyer Feinwebindustrie kündigt daraufhin dem Streikkomitee an, daß, wenn Arbeiter in der Aloh'schen Fabrik zu den reduzierten Löhnen anfangen, alle Fabrikanten der Umgegend gezwungen seien, ebenfalls die Löhne herabzusetzen. Die Arbeiter werden also die eminente Gefahr begreifen, die darin liegt, wenn es Aloh gelingt, Arbeiter zu erhalten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die so lange heldenmütig gekämpft haben, werden alles daransetzen, um das zu verhindern.

Die Streikleitung bemerkt hierzu: Herr Aloh hat wieder einmal seine Rechnung ohne die Streikenden gemacht. Keiner wird anfangen; es kam ihm Segenteil passieren, daß nächsten Montag acht Arbeitswillige, die bisher von Beiersdorf nach Cunevalde kamen, sich den Streikenden anschließen.

Zu geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel beschloffen am Freitagabend die Streikenden einstimmig: Weiterstreiken bis zum Sieg! Es sind noch 327 Streikende vorhanden. Diese Woche ist wieder eine Anzahl fort, weitere werden folgen. Auf eine Frage, wer noch auswandern will, hoben allein von der Firma Karl Kalauz 25 Streikende die Hand. Ueber ein Drittel der Weber dieser Firma ist schon abgereist.

**Achtung, Bauarbeiter!** Nach Schwerin ist der Jutzug von Mantern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern wegen des Generalstreiks streng fernzuhalten.

**Die Dachdecker in Aachen** befinden sich seit dem 20. Mai im Ausstand. Sie fordern einen Lohnzuschlag von 25 Proz., 9-stündige Arbeitszeit, 10 Proz. Zuschlag für Ueberstunden. Der bisher gezahlte Tagelohn beträgt 2,80—3,50 M. Von den 120 Dachdeckerelassen Aachens haben sich 95 dem Ausstand angeschlossen. Die Meister lehnten jede Verhandlung mit dem Verband der Dachdecker ab.

## Aus der Frauenbewegung.

Die „Vereinigung der Mütter, Blumen- und Vasebinderinnen und Arbeiter Berlins“ ist die jüngste Gründung unter den Arbeitervereinen. In einer ersten Versammlung am 15. Mai angeregt und unter Mithilfe der Gewerkschaftskommission vorbereitet, wurde sie am 1. Juni in einer zweiten Versammlung ins Leben gerufen. Wie sehr die Organisation den fortgeschrittenen Mitgliedern der beteiligten Branchen am Herzen lag, bewies am besten der wohlgefüllte Saal bei der drückenden Sommerhitze.

Nach einer kurzen Einleitung las Frau Thiede den Statutenentwurf vor, dessen Paragraphen dann einzeln zur Beratung und Abstimmung gelangten. Die meisten derselben wurden ohne Widerspruch angenommen; sie bieten die gleichen Vorteile und Rechte, wie die meisten Fachvereine sie besitzen. Einmal entspann sich eine Debatte, welche in einem Falle mit einer klaren Klärung des Entwurfs ihren Abschluß fand. Die rege Aufmerksamkeit bei dem ziemlich einseitigen Geschäft bewies, welcher Ernst die Anwesenden befehle. Nach vollendeter Annahme der Statuten fand in einer längeren Pause die Einschreibung der Mitglieder statt, welche sich zum großen Teil schon in der ersten Versammlung angemeldet hatte. Die Vorstandswahl vollzog sich rasch; 4 Kolleginnen und ein Kollege werden die Geschäfte der neuen Vereinigung wahrnehmen, ein Revisor und eine Revisorin ihnen zur Seite stehen.

Das Organ der Arbeitgeber für die „Ausstammbranche“ hatte in einem sehr gefälligen Artikel die erste Versammlung angegriffen, der Rednerin bewachte Wahrheitsentstellung vorgeworfen und drohend die Anwesenheit zahlreicher Unternehmer in Aussicht gestellt, welche mit mehr Geschick und daher auch mit mehr Erfolg die Sache der Herren führen, und die Schlichtigkeit der Agitatoren einläuteln würden. Man war daher auf einen Besuch von jener Seite, auf Angriffe und Einwürfe vorbereitet; aber kein Fabrikant meldete sich, kein Gegner ließ sich vernehmen. Der Verfasser des betreffenden Artikels, welcher die erste Versammlung nicht einmal besucht hatte, verließ die zweite, ehe Gelegenheit gegeben war, seine Angriffe zurückzuweisen. Zu scharfer Weise tabelte Frau Thiede die Art des Vorgehens und kennzeichnete es unter allgemeinem Beifall als Eingeständnis der Schwäche von Seiten derjenigen Arbeitgeber, welche dem Verein feindlich gesinnt sind.

Vor Schluß der Beratung teilte die Vorsitzende, Frau Kösch — auch Vorsitzende des Vorstands — mit, daß 104 Mitglieder der sich angegeschlossen haben. Mit lebhafter Freude begrüßte sie diesen schönen Anfang, der sie mit Zuversicht erfüllte, daß die heute begründete Gemeinschaft wachsen und gedeihen werde zum Wohle des ganzen Gewerbes. Den Einzelnen gebe sie Rückhalt in dem Gefühl der Gemeinsamkeit mit den Arbeitskollegen, lehre sie ihre schöne Arbeit, deren Produkte so viele Augen erfreuen, hochzuhalten und verleihe ihnen das Bewußtsein ihres Rechts, sich zu höherem und freierem Leben zu entwickeln.

Nachdem noch die nächste Vereinsversammlung für den 2. Juli im gleichen Lokal anberaumt worden, schloß die Versammlung mit einem feierlichen, freudigen Hoch auf die junge Vereinigung.

## Sociales.

**Das Elend der Hausarbeiter in der Textil-Industrie.** Die Reichshauptmannschaft Jüdisau hat gemäß § 34 des Invalidenversicherungs-Gesetzes den durchschnittlichen Jahres-Arbeitsverdienst der versicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden der Textil-Industrie für die Amtshauptmannschaften Auerbach und Jüdisau sowie die Städte Grimmitzschau, Falkenstein, Reichenbach und Jüdisau auf 450 M. festgesetzt.

Das Elend der Hausarbeiter in der Textil-Industrie kann nicht drastischer illustriert werden, als durch vorstehende bezeichnende Bekanntmachung.

**Dem Schutz der Bauarbeiter** dient eine Polizei-Verordnung, welche der Oberbürgermeister von Offen kürzlich erlassen hat. Die Verordnung berücksichtigt, wie unser Essener Partei-Organ berichtet, zwar noch nicht alle Forderungen der Bauarbeiter, sie bedeutet aber gegenüber den bisherigen Zuständen einen guten Schritt vorwärts.

**Der Streit der Ordikasse IV in München** mit ihren Kassenärzten ist nunmehr, wie bereits berichtet, erledigt. Es drehte sich nach dem die Kasse die Honorarforderungen der Ärzte schon vorher bewilligt hatte, nur noch um die Gewährung einer würdigen Stellung für die Ärzte. Der Hauptinhalt des Ausgleichs ist der, daß ohne Mitwirkung des ärztlichen Bezirksvereins ein Kassenarzt wieder angestellt noch entlassen werden kann. Es sind Normen festgestellt, unter denen Kassenvorstand und Bezirksvereine ihre Rechte wahrnehmen können. Entlassen darf ein Arzt nicht aus Willkür werden, sondern nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen.

## Gerichts-Beilage.

**Der Prozeß gegen den Milchhändler Rudolf Theiß** und dessen Kutscher Hermann Zelade, welche beschuldigt sind, fortgesetzt die Milchkanne ihrer Verursogener auf dem Lehrter Bahnhofe beraubt zu haben, ist gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu Ende gelangt. Ein Teil des Berliner Milchbedarfs wird durch die „Vereinigten Pommerischen Meiereien“ gedeckt, deren Erzeugnisse zugleich mit denen aus der sührer Gegend allmählich mittels des sogenannten Milchzuges auf dem Lehrter Bahnhofe einströmen. Im Winter des Jahres 1899 stellte der Direktor der „Pommerischen Meierei“, Herr Düsing, fest, daß die Plomben, welche als Sicherungsverzeichnisse der Fässer und Kannen dienen, wiederholt abgerissen oder beseitigt worden waren. Es waren stets Sähenfässer, die hiervon betroffen wurden. Gleichzeitig liefen Beschwerden von den Kunden ein, daß die ihnen gelieferte Sahne nicht den vorgeschriebenen Fettgehalt habe, sondern verdünnt sein müsse. Es wurde angenommen, daß die betreffenden Behälter durch uneheliche Personen von der Plombe befreit, geöffnet und einen Teil ihres Inhalts beraubt worden seien, woraus die fehlende Menge Sahne durch Ragermilch ersetzt worden sei. Da die Milchhändler den für sie bestimmten Betrag selbst vom Bahnhofe abholen, so konnte nur einer von diesen der Thäter sein. Als die Diebstahle trotz einer ausgeschriebenen Belohnung kein Ende nahmen, wurde zu einer List gegriffen, um den Thäter zu ermitteln. Ein leerer Eisenbahnwagen wurde auf einem Nebengleise so in der Nähe des Milchzuges aufgestellt, daß man von demselben aus den in Frage kommenden Wagen des Milchzuges genau übersehen konnte. In dem leeren Wagen hielten sich der erwachsene Sohn des Direktors Düsing und der Bahnwächter Stammenberg während mehrerer Nächte versteckt. Sie wollten wiederholt feststellen haben, daß die Plombenverschlüsse so lange unverändert blieben, bis der Milchhändler Theiß nebst seinem Kutscher mit ihrem Fuhrwerk eintrafen. Während der Kutscher die für seinen Dienstvertr. bestimmten Fässer aus dem Wagen herausholte, wobei er länger als nötig war, im Innern verweilte, stand Theiß auf dem Bahnsteig und verließ die Fässer auf seinen Wagen. Theiß ließ sich nach seiner Komproittierung herbei, der Direktion der Pommerischen Meiereien einen Schaden von 1000 M. zu leisten. Die Sache war aber bereits zur Anzeige gelangt. Auf Grund des geschilderten Thatbestandes hielt der Gerichtshof die Angeklagten für überführt und verurteilte Theiß zu neun, Zelade zu sechs Monaten Gefängnis. Auf die von den Verteidigern Rechtsanwältin Jarecki und Dr. Werthamer eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf, weil die gemeinschaftliche Thätigkeit der Angeklagten nicht genügend festgestellt worden war.

Der Staatsanwalt hielt im gefirzten Termin die Angeklagten wiederum für überführt und beantragte, sie wie früher zu neun bzw. sechs Monaten Gefängnis zu verurteilen. Die Verteidiger, Rechtsanwältin Jarecki und Dr. Werthamer, suchten auszuführen, daß die Verdadtsumstände keineswegs ausreichender, um daraus ein verurteilendes Erkenntnis zu fällen. Der Gerichtshof war aber mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß nur die Angeklagten die Thäter sein könnten und verurteilte wiederum Theiß zu neun, Zelade zu sechs Monaten Gefängnis.

**Als schamlos und niederträchtig** bezeichnete gestern der Vorsitzende der dritten Strafkammer des Landgerichts I, Landgerichtsrat Reumann, die Handlungsweise, welche den Rechner Bruno K o e g e auf die Anklagebank geführt hatte. Durch die Beweisaufnahme war festgestellt worden, daß Koege sich der Freiheitsberaubung und der wissentlichen falschen Anschulldigung schuldig gemacht hatte. An einem Oktoberabend des vorigen Jahres hatte der Angeklagte auf der Strafe ein junges Mädchen getroffen, das er anredete, obgleich es ihm fremd war. Das Mädchen war unvorsichtig genug, seiner Einladung, mit ihm ein Glas Bier zu trinken, Folge zu geben, und begleitete ihn in ein Lokal. Als das Paar wieder die Strafe betrat, stellte der Angeklagte an seine Begleiterin unflüchtige Anträge. Voller Empörung wies das Mädchen ihn ab und veruchte, dem Jubringlichen zu entkommen. Als ein Schynmann sich näherte, sagte Koege, um sich an dem Mädchen zu rächen, einen teuflischen Plan. Er verlangte von dem Beamten die Verhaftung des Mädchens unter der Begründung, daß er Soeben eine Zusammenkunft mit demselben gehabt und es ihm bei dieser Gelegenheit sein Portemonnaie gestohlen habe. Trotz aller Beteuerungen der Beschuldigten, daß an der Geschichte kein wahres Wort sei, mußte sie mit zur Wache kommen, wo sie zwei Stunden festgehalten wurde, bis von dem zuständigen Revier die Nachricht eintraf, daß sie ein stillos unbeholtene Mädchen sei und sich des besten Kufs erfreue. Der Angeklagte verschlimmerte im Termin seine Lage noch dadurch, daß er bei seiner Verurteilung mit Bezug auf die Zeugnis blieb. Diese hatte aber auf den Gerichtshof einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht und ihre Aussage beschworen. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß das Verhalten des Angeklagten ein so gemeines sei, daß ihn eine harte Strafe treffen müsse, die er auf drei Jahre Gefängnis zu bemessen beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und dreijährigen Erwerbsverlust bei sofortiger Inhaftnahme des Verurteilten.

**Ein Eandalprozeß** beschäftigte am Sonnabend in 8 1/2 stündiger Verhandlung die Potsdamer Strafkammer, vor welcher sich der jetzt in Schöneberg wohnende 78-jährige Rentier Andreas Bernede wegen thätlicher Beleidigung des Hrn. Hanau zu verantworten hatte. Bernede ist ein schwerreicher Mann und besitzt in Potsdam vor dem Berliner Thor mehrere Villen, deren eine er bewohnt. In seiner Nachbarschaft wohnte der Kaufmann und Kohlenhändler Hinge, in dessen Comptoir

seine Schwägerin Hrn. Hanau beschäftigt war. Am 5. Mai vorigen Jahres erschien Bernede, der mit Hinge in Geschäftsverbindung stand, in dessen Comptoir, verschloß daselbst hinter sich und attackierte Fräulein Hanau in unsittlicher Absicht. Eine ganze Anzahl weiblicher Personen, gegen welche Bernede ebenfalls in unsittlicher Weise vorgegangen, wurde bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht vernommen. Dasselbe verurteilte Bernede zu 1000 M. Geldstrafe, wogegen sowohl er, wie die Nebenklägerin Berufung einlegte. Der Gerichtshof hielt die Verurteilungen Bernedes für so schwer, daß er den Angeklagten trotz seines hohen Alters zu drei Monaten Gefängnis verurteilte. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

## Teile Nachrichten und Depeschen.

Chinadebatte in der französischen Kammer.

Paris, 3. Juni. (W. T. V.) Bei der Begründung seiner Anfrage über die Lage in China sagt Desfontaines: Wie stehen einer doppelten Gefahr gegenüber, nämlich der amerikanischen, die uns unmittelbar bedroht, und der gelben Gefahr, die noch weiter entfernt ist. Die amerikanischen Imperialisten verbergen es nicht mehr, daß sie sich der Kolonien der europäischen Staaten bemächtigen wollen. Medner fragt, ob der Minister des Aeußeren das Gerücht von der Rückkehr eines Teils der französischen Truppen bestätigen könne.

Delcassé erwidert, ein Teil der Truppen sei bereits vor einem Monat zurückgerufen worden und kürzlich seien neue Befehle für die Heimkehr französischer Truppen erlassen worden. Er hoffe bestimmt, daß nachhens das Gros des Expeditionscorps zurückkehren könne, es hänge diese Maßregel von der endgültigen Regelung der Verhältnisse ab. China habe bereits einige Schuldige bestraft und die Frage des Schuges der Befandtschaften sei so geregelt worden, daß ihm Sicherheit für die Zukunft verbürgt erscheine. Es bleibe nur noch die Frage der Entschädigung übrig, deren Erledigung einige Verhandlungen mit sich bringe. Frankreich sei der Ansicht, daß eine sofortige Zahlung der ganzen Entschädigungslumme unmöglich sei, Garantien auf handelspolitischem Gebiete seien vorzuziehen, weil dadurch alle Mächte an der Aufrechterhaltung der Integrität Chinas interessiert würden. Er wisse nicht, welche Lösung schließlich gefunden werden würde, hoffe aber, daß die Lösung demnächst erfolgen würde. Eine Erhöhung des chinesischen Posttarifs würde in Wirklichkeit auf die Chinesen zurückfallen, nicht aber den Handel des Auslands treffen. Es sei nur geräht, daß China die Kosten für die Expedition trage. Desfontaines erklärte weiter, die Regierung werde keinerlei französische Interessen im äußersten Orient vernachlässigen; ob finanzielle oder industrielle Unternehmungen später in China mit Erfolg werden tätig sein können, wisse er nicht. Das chinesische Volk stelle einen wesentlichen wirtschaftlichen Faktor dar, aber es habe keinen militärischen Wert gezeigt. Er hoffe, die gemeinsamen Anstrengungen der Mächte zur Herbeiführung einer Lösung würden bald zum Ziele führen. Der Zwischenfall ist damit erledigt.

Internationale Abschiedsfeier in China.

Tientsin, 2. Juni. (W. T. V.) Letzte Nacht kam es in hiesiger etwas berückelter Zulustraße zu einem Zusammenstoß zwischen englischen Polizeiheldaten und französischen Soldaten. Letztere griffen mit dem Bajonett und Steinwerfen die Engländer an, von welchen darauf Feuer gegeben wurde. Die Engländer erhielten pflichtmäßige Unterstützung von der deutschen Polizei. Nachdem den Franzosen japanische und, wie es heißt, auch einzelne deutsche Soldaten zu Hilfe gekommen waren, entwickelte sich ein Kravall, wobei angeblich ein Franzose tot blieb, während etwa 10 Soldaten verwundet wurden. Details fehlen vorläufig. Auch die japanische Polizeistation wurde angegriffen.

Berlin, 3. Juni. (W. T. V.) Anlässlich der ihm über den Soatenstand in den östlichen Provinzen zugegangenen bedrohlichen Nachrichten hat der Ministerpräsident Graf v. Bälou die Minister des Innern, der Finanzen und für Landwirtschaft ersucht, alsbald eine gemeinsame Vereisung der gefährdeten Bezirke vorzunehmen.

Cumbinnen, 3. Juni. (W. T. V.) In dem Prozesse wegen Ermordung des Mittelmeisters von Krosigk wurden alle Angeklagten von der Anklage wegen Mordes freigesprochen. Unteroffizier Marten wurde wegen Fahnenflucht und Freiheitsberaubung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Varzin, 3. Juni. (W. T. V.) Bei der Beerdigung des Grafen Wilhelm Bismard ließ sich der Kaiser durch den Generalleutnant v. Kessel vertreten; ebenso hatte der Kaiser einen Kranz gespendet.

Frankfurt a. M., 3. Juni. (W. T. V.) Der Agent Valentin Ehrmann wurde heute vormittag mit seiner Familie, bestehend aus Frau und drei Söhnen im Alter von ca. 20, 18 und 11 Jahren, tot in seiner Wohnung aufgefunden. Man nimmt an, daß Ehrmann in der Nacht den Bahn der Gasleitung öffnete, nachdem er sämtliche Türen geschlossen hatte.

Frankfurt a. M., 3. Juni. (W. T. V.) Die der „Frankf. Zig.“ aus New York gemeldet wird, ist wegen der philippinischen Zollverwindung eine Extrosektion des Kongresses wahrcheinlich.

Nürnberg, 3. Juni. (W. T. V.) Infolge Blitzeisgeriet der Ort Pfaffenreuth in Flammen. Bis jetzt sind 10 Anwesen mit allen Nebengebäuden niedergebrannt. Das Feuer wütet noch fort.

Reschita, 2. Juni. (W. T. V.) Da die Staats-Eisenbahn-Gesellschaft geneigt ist, den Arbeitern die zehnstündige Arbeitszeit zu bewilligen, dürfte bereits morgen von dem größten Teile der Ausständigen die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Paris, 3. Juni. (W. T. V.) Die Deputiertenkammer hat heute noch mehrstägiger Beratung die Gesetvorlage betreffend Abänderung einiger Punkte des Gesetzes vom Jahre 1898, betr. Betriebsunfälle einstimmig angenommen.

Brüssel, 3. Juni. (W. T. V.) Gestern fanden auch bei der hiesigen Bürgerwehr Auftritte statt, wie sie sich kürzlich in Antwerpen ereigneten. Mitglieder der Bürgerwehr beklagten sich über die Fortsetzung der Uebungen trotz der großen Hitze und trotzdem mehrere Bürgergardisten bereits vom Uebungsplatz wegen Erkrankung an Sonnenstich weggetragen worden waren. Die Mitglieder der Bürgerwehr zogen unter Pfeifen und Hohnrufen auf den Kommandanten ab. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, aber nicht aufrecht erhalten. Die Presse steht ausnahmslos auf Seiten der Bürgerwehr.

London, 3. Juni. (W. T. V.) Die Kommission zur Prüfung der Entschädigungsforderungen der aus Südafrika ausgewiesenen Personen trat heute wieder zusammen. Der niederländische Vertreter Bischof erklärte, daß er keine Reklamationen vorzuführen habe. Der österreichisch-ungarische Vertreter Szaboda erklärte im allgemeinen im Namen der fremden Vertreter, die Arbeiten der Kommission schritten nicht schnell vorwärts. Die fremden Vertreter erkennen an, daß die britische Regierung die Rechte der Kontrollen mehr genchtet hatte, als dies je geschehen sei. In Würdigung dessen hätten die fremden Regierungen ihre Vertreter ausgewiesen, die günstige Stimmung zu erhalten zu suchen, welche durch das Vorgehen der britischen Regierung hervorgerufen worden sei. Es würden fast zweitausend Ansprüche erhoben worden. Das persönliche Erscheinen aller Reklamationen sei absolut unmöglich. Er (Szaboda) schlage daher vor, eine Liste der Reklamationen zu unterbreiten, auf welcher die Ansprüche im Einzelnen angegeben werden unter Hinzufügung einer Begründung derselben. Der Vertreter des Kriegsamts erklärte sich im allgemeinen mit den Vorschlägen der fremden Vertreter einverstanden. Der Vorsitzende sagte hinzu, die Kommission wolle allen Gerechtigkeit zu teil werden lassen. Die großmütige Handlungsweise der britischen Regierung stehe einzig in der Geschichte da.

Christiania, 3. Juni. (W. T. V.) Der Herrik Ibsen behandelnde Arzt äußerte sich auf Befragen dahin, daß die Welle rung in dessen Befinden beständig fortschreite.



Ueber den Streit der Barbier

wurde gestern unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts... v. Schulz vor dem Einigungsamt des Gewerbe...

Im Namen der Arbeitnehmer erklärt Kaiser, daß sie nicht gewillt seien, zu verhandeln, weil nur die Vertreter der schwächsten Arbeitgeber-Organisation anwesend seien...

I. Die Parteien sind darin einig, daß der von der Gehilfenschaft aufgestellte Tarif seitens der Meister der freien Vereinigung in allen Punkten anerkannt ist...

II. Der von den Parteien vereinbarte Tarif lautet: A. Wochenlohn: a) 10,50 M. mit Kost und Logis; b) 13,50 M. mit halber Kost und Logis...

B. Arbeitnehmer, die zur Ausschilfe eingestellt sind, erhalten pro Woche: a) 18.— M. mit Kost und Logis, b) 22 M. ohne Kost und Logis, für Ausschilfsarbeit vom Sonnabendmorgen...

III. Die Arbeitszeit dauert von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Die Arbeitgeber haben ihre Geschäftslöcher um 9 Uhr abends zu schließen. Eine Ausnahme bilden die Sonnabende und jeder Tag vor Festtagen.

IV. Die Arbeitgeber werden dafür Sorge tragen, daß allmählich durchweg die noch vorhandenen schlechten Schlafstellen verschwinden. Zur Kontrolle, betreffs Schaffung gesunder und angereicherter Schlafstellen, wird eine Kommission von je 2 Arbeitnehmern und 2 Arbeitgebern gebildet...

V. Die Arbeitgeber erkennen die Organisation der Arbeitnehmer vorbehaltlos an, ebenso den paritätischen Arbeitsnachweis. Die Arbeitgeber erklären, daß sie bezüglich des letzteren noch Differenzen mit den Arbeitnehmern haben...

VI. Die Parteien erklären endlich, daß sie bis zum Freitag, den 7. Juni, mittags, dem Gewerbegericht mitteilen werden, ob ihre Organisationen den in diesem Schriftstück niedergelegten Tarif als für sie bindend anerkennen...

VII. Maßregelungen von Gehilfen infolge der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden.

Der Verbandstag der Hirsch-Dunker'schen Gewerbevereine.

In der Sitzung am Sonntag beschäftigte sich der Verbandstag mit der Düsseldorf Angelegenheit und mit dem Auftreten des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch in seiner Eigenschaft als Sprecher der freiständigen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses...

Als das Haupthindernis betrachten die Düsseldorf den Verbandsanwalt Dr. Hirsch. Der Streit kam zum Ausbruch, als der Centralrat sich gegen die Einrichtung eines gewerkschaftlichen Arbeitersekretariats in Düsseldorf wandte...

Die Auflösung des Ortsverbands Düsseldorf war nach Lage der damals vorgelegenen Verhältnisse unvermeidlich, und besand sich der Centralrat daher im Recht. Der Verbandstag bedauert den gereizten Charakter der Korrespondenz vor der Auflösung des Ortsverbands und wünscht dringend, daß in Zukunft auch bei Meinungsverschiedenheiten die genossenschaftliche Haltung unter allen Umständen gewahrt werde...

Centralrat empfiehlt sie, diesem Bestreben keine Hindernisse zu bereiten. Eine Genugthuung enthält die Resolution für den Centralrat nicht.

Es folgt die Beratung des „Falles Hirsch“. Der Referent, Landtags-Abgeordneter Goldschmidt, der Redacteur des Verbandsorgans, bemerkte hierzu folgendes: In der Sitzung des preussischen Landtags vom 21. Mai, zwei oder drei Tage nach dem Ausbruch des Strassenbahner-Ausstands, habe der bekannte Zeitungs-Gehheimrat Freiherr v. Redlich-Kuhtich unter Hinweis auf vorgekommene Unruhen scharfe Maßregeln gegen die Ausständigen gefordert...

Der Herr Goldschmidt hofft, daß nach dieser Darstellung niemand mehr dem Verbandsanwalt den Vorwurf der Verletzung der Arbeiterinteressen mache. Aus dem Wörtchen „freien“ habe man dem Anwalt einen Strich gedreht, obwohl er sich nur gefreut habe über die verheißene Nichtparteilichkeit...

In der nun folgenden Diskussion wird zwar die Aeußerung Hirschs nicht aufgehoben; es sei besser gewesen, wenn er die Abgabe der Erklärung einem Fraktionsgenossen überlassen hätte, aber die Arbeiterinteressen habe er nicht verletzt. Hoyer-Düsseldorf: Für die Düsseldorf sei der stenographische Bericht maßgebend gewesen, den sie sich allerdings infolge des Artikels der „Volkzeitung“ verschaffen haben.

Dieser Redner sowohl als der andere Düsseldorf Vertreter, Ziegler, bleibt auch nach den Darlegungen Goldschmidts dabei, daß der Anwalt die Erklärung nicht habe abgeben dürfen; daß er sich über die Unparteilichkeit der Regierung freue...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Den Mitgliedern der Lokalkommissionen Berlins und der Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 18. Juni, die nächste Lokalliste erscheint. Einfindungen über Reueaufnahme resp. Streichung von Lokalen sind bis spätestens Montag, den 10. Juni, an folgende Genossen zu senden...

Der Diskutierabend des Socialdemokratischen Wahlvereins für Reinickendorf und Umgegend, Bezirk West, findet für den Monat Juni bei Herrn Restaurateur Engel, Eichbornstr. 88, alle Dienstagabend, pünktlich 8 1/2 Uhr, statt.

Kokales.

Großer Schulsumzug.

Die Verlegung des Friedrich-Realgymnasiums von der Albrechtstraße nach der Tempelhofer Vorstadt und des Friedrich-Werder'schen Gymnasiums von der Dorothienstraße nach Moabit soll nicht bloß diesen Anstalten, sondern auch noch verschiedenen anderen Schulen die Unruhen und Störungen eines Umzugs bringen. Der Magistrat hat beschlossen, die frei werdenden Räume des Friedrich-Realgymnasiums dem Friedrich-Gymnasium und die des Friedrich-Werder'schen Gymnasiums dem Friedrich-Werder'schen Oberrealschule zu überweisen...

begonnen werden. Die zuerst zu verlegenden unteren Klassen müssen demnach in provisorischen Räumen untergebracht werden, haben also einen zweimaligen Umzug durchzumachen. Das Friedrich-Real-Gymnasium soll schon zu Michaelis 1901 die letzte Vorstufklasse und vielleicht auch schon die vorletzte nach dem Hause einer Gemeindefschule vor dem Halle'schen Thor verlegen...

Der zur Wahl eines Stadt-Schulrats eingesetzte Ausschuss tagte gestern im Rathause, um sich über die Kandidatenfrage schlüssig zu werden. Von den elf Ausschussmitgliedern, welche anwesend waren, gaben sieben für Herrn Schulze, den Direktor des Französischen Gymnasiums zu Berlin ihre Stimme ab...

Zur Frage der Prügelpädagogik hat die Regierung zu Frankfurt a. O. auf Grund der im letzten Schuljahr darin gesammelten Erfahrungen an die Kreis-Schulinspektoren kürzlich nachstehende, allgemeines Interesse erregende Verordnung erlassen: Einzelne Lehrer haben auf die Ausübung der körperlichen Züchtigung überhaupt verzichtet. Hiergegen würde nichts zu erinnern sein, wenn festgestellt werden kann, daß durch sonstige geeignete Mittel eine gute Schulzucht aufrecht erhalten worden ist...

Ob auch für Berlin eine ähnliche Verfügung erschienen ist? Einige, wenn auch als Ausnahmen bemerkte Uebergänge von Lehrern deuten darauf hin, daß für die hiesigen Schulen ein solcher Hinweis nicht völlig überflüssig ist.

Dem Oberbürgermeister Kirschner, der am Sonnabend die Königin von Holland und deren Gemahl bei deren Eintreffen in Berlin an der Spitze einer Deputation unserer Stadtbehörden am Brandenburger Thor begrüßt hatte, ist von der Königin Wilhelmina das Großoffizierskreuz des Orenian-Roslan-Ordens verliehen worden.

Der Nachdienst im Fernsprechverkehr wird demnächst eine weitere Ausdehnung erfahren. Bis jetzt besteht ein ununterbrochener Fernsprechnachdienst in Berlin auch in Rudow, Köln, Kopenhagen, Paris und Stuttgart. Mit all' diesen Orten können auch von Berlin aus während der Stunden von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens Gespräche geführt werden.

Vom Berliner Krankenkassenwesen. Ende April d. J. bestanden in Berlin 55 Orts-Krankenkassen, 44 Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen und 20 Junungs-Krankenkassen. Das sind zusammen nicht weniger als 119 Krankenkassen. Gewiß eine arge Zersplitterung, welche den versicherten Arbeitern sicher nicht zum Nutzen gereicht.

Ein Bau-Unfall, welcher leicht eine folgenschwere Katastrophe hätte herbeiführen können, hat gestern, Montag, nachmittag in der Schönhauser Allee stattgefunden. Die Grundstücke 9 und 9a in der Schönhauser Allee, welche früher Eigentum der Rentiers Gebr. Remann waren, sind in diesem Frühjahr abgetragen worden, um einem großen Neubau Platz zu machen. Die Arbeiten gestalteten sich dadurch außerordentlich schwierig, daß das nebenan belegene Grundstück der Brauerei Königsstadt etwa 6 Meter über dem Straßenniveau liegt und so einen gewaltigen Erddruck nach dem Neubau zu ausübte.



Tiefe stürzte. Der Bauarbeiter bemächtigte sich eine große Pfeilung, da man beschränkt mußte, daß eine große Zahl von Personen verunglückt sei. Durch Kammeraufruf konnte jedoch glücklicherweise festgestellt werden, daß unter den Trümmern niemand begraben war; nur Herr Maurermeister Gerlach sowie ein Arbeiter Kranke hatten durch seitwärts fallende Steine ganz unerhebliche Verletzungen erlitten. Die sofort hinzugerufene Feuerwehr legte den hinteren Teil der Halle, der ebenfalls einzustürzen drohte, nieder, während die Polizei die Weiterarbeit inhibierte. Die Unfallstätte bietet ein Bild fürchterlicher Verwüstung. Balken, Stuhlwerke und Schuttmassen bilden einen wägen, zwölf Meter hohen Trümmerhaufen, der von dem zerbrochenen Dach der Halle überdeckt wird.

**Ein sehr großer Unfall.** Zu Gerüchten von einem Mord und einer Erschließung der Leiche gab ein Fund Veranlassung, den am Sonnabend ein Naturforscher in der Gegend des Bahnhofs Ebersstraße machte. Dort wird ein Fund aufgeschüttet, u. a. auch mit Berliner Mäul. In diesem fand nun der Mann ein Bein, eine Hand und einen Arm eines Menschen, die bereits in Verwesung übergegangen waren. Die Schönberger Kriminalpolizei ließ das ganze Feld abhaken, fand aber nichts weiter. Sie kam bald zu der Überzeugung, daß die Leichenteile von einem Körper herrühren, der von einem Mediziner bearbeitet worden ist und von diesem in einen Müllkasten geworfen worden sind. Um vielleicht durch Papierfunde einen Anhalt für die Herkunft des Hundes zu gewinnen, suchte die Kriminalpolizei auch nach solchen das Feld genau ab. Infolgedessen sammelten sich nach und nach viele Menschen an, und so entstand und verbreitete sich das Gerücht von dem Mord und der Leichengerüstung. Die Nachforschungen nach dem gewissenlosen Mediziner werden heute fortgesetzt.

**Zu der Versorgung Berlins mit frischem Gebäck** werden Änderungen angestrebt. Trotz der arbeitserfreundlichen Stellungnahme des Obermeisters von der Bäderreinigung Germania wird die Bewegung für Abschaffung der Nacharbeit in den Bädereien fortgesetzt. Letzter dieser Bewegung ist der Obermeister Gemehardt von der Bäderreinigung Konkordia. Gegenwärtig wird ein Aufruf unter den Bädermeistern Berlins verbreitet, worin die Vorgänge der ausschließlichen Tagesarbeit im Bädereigewerbe vorgeführt werden. Man plant die Abfindung einer Eingabe an die Behörden mit der Forderung, daß die Arbeiten in den Berliner Bädereien vor 4 Uhr morgens nicht in Angriff genommen werden dürfen. Es könnte dann, so heißt es in der Begründung, um 7 Uhr früh die erste frische Backware an das Publikum geliefert werden. Die Markthallen, Militärlantinen, Bahnhöfe und Gasthöfe müßten sich zum Teil ebenfalls vorher mit Backware versorgen, ebenso diejenigen Kreise der Bevölkerung, die außergewöhnlich früh Kaffeegebäck wünschen. Die Hälfte der Berliner Bädermeister soll schon für die Forderung in der Versorgung Berlins mit Weißbrot gewonnen sein. Hoffentlich wird die Bewegung auch vom Publikum entsprechend unterstützt.

**Ein Kindesmord,** der mit einer beispiellosen Unmenslichkeit ausgeführt wurde, verjagte Sonntag in der ersten Abendstunde die Bewohner des Hauses Oberwasserstraße Nr. 10 in große Aufregung. Hier wohnt seit dem 4. v. M. der von der Wiesenstraße Nr. 19 zugezogene Arbeiter, frühere Stellner Oskar Walter mit seiner Frau und drei Kindern, von denen das Älteste 5 und das zweite 3 Jahre alt ist, während das jüngste, ein Mädchen namens Ethel, erst am 18. April vorigen Jahres geboren war. Walter, der augenblicklich stellunglos ist, hat von einem Stickermeister im zweiten Stock eine Wohnung abgemietet. Das Ehepaar bestandete das jüngste Kindchen oftmals in der gemeinsamen Küche und belegte es mit Ausdrücken, die sich nicht wiedergeben lassen. Gestern machten die Eheleute, obwohl Walter durch Gelegenheitsarbeiten nur wenig verdient, einen Ausflug, um ein Konzert zu besuchen. Zur Beaufsichtigung der Kinder hatten sie aus der Putzmeisterstr. 37 die Mutter der Frau Walter, eine am 27. April 1883 zu Schneidemühl geborene Frau Helene Land geb. Dahle kommen lassen, eine dem Traut ergebene und auf der niedrigsten Stufe der Menschheit stehende Frau. Dieses Weib genoh auch gestern nachmittags eine Menge Alkohol, schickte dann die beiden ältesten Kinder auf die Straße, entleerte sich hierauf vollständig und legte sich so auf ein als Lagerstatt dienendes altes Sofa. Kegerlich, daß die hungrende kleine Enkelin sie durch ihr Geschrei störte, schimpfte diese Großmutter auf das arme Kind. Das half natürlich auch nicht gegen den Hunger, und um nahm das Weib die Kleine, hielt sie eine Zeitlang unter die Wasserleitung und schlug sie dann so lange, bis sie vor Erschöpfung einsehliche Handgelenkinnen, die das Geschrei des Kindes gebort hatten, glaubten, daß es den Eltern an Milch fehle, und boten von ihrem Vorrat der Frau Land an, damit das Kind seinen Hunger stillen könne. Die Großmutter wies sie zurück. Gegen 10 Uhr abends schrie das Kind wieder jämmerlich. Die Nachbarn hörten, wie die Großmutter wieder schimpfte und drohte. „Wenn Du nicht ruhig bist, Du Kas, schmeiß ich Dich aus dem Korbe!“ war noch einer ihrer mißdeutlichen Ausdrücke. Gleich darauf hörten die Leute auch ein dumpfes Aufschlagen auf den Fußboden. Noamals wollten sie Milch geben. Das Weib aber folgte ihre Entlein und warf sie durch das Fenster der unten auf dem Hofe stehenden Hofkammer zu mit den Worten: „Da hast Du das Kas!“ Mit zerbrochenen Gliedmaßen und zerquetschtem Schädel blieb die Kleine auf dem Pflaster liegen; sie war tot. Nun verjagte die entmenschte Großmutter, die Verächte zu spielen. Der Aufforderung der Polizei, die sie splitternd antraf, ihr auf die Waage zu folgen, wollte sie keine Folge leisten. Sie habe keine Zeit, sagte sie, und werde am nächsten Morgen kommen. Die Beamten brachten sie aber doch dahin, daß sie sich entleerte und ihnen folgte. Mittlerweile kehrten auch die Eltern des ermordeten Kindes nach Hause zurück. Als sie auf der Straße hörten, was vorgefallen war, verjagte sie, wieder umzukehren, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Heute Vormittag wurden Walter und seine Frau aus dem Polizeipräsidium über ihre Behandlung des Kindes eingehend verhört. Frau Land befindet sich noch im Gewahrsam der Kriminalpolizei.

**Zwei Automatenplünderer** wurden Montag früh im Süden der Stadt festgenommen. Bei dem Restaurateur Kammann an der Ecke des Plausers und der Grimmsstraße hatte man im vergangenen Monat schon zweimal verurteilt, die Automaten im Vorgarten zu leeren. Jedesmal waren die Spitzbuben durch den Hund des Nachtwächters verschont worden. Auch gestern morgen sprangen sie wieder über das Gitter, als der Wächterhund anknüpfte, der Wächter und zwei Schutzmänner holten sie jedoch ein und brachten sie nach der Waage des 47. Reviers. Die Ergreifenen, ein 23jähriger Arbeiter Behrend und ein 19 Jahre alter Arbeitsbursche Schneider, sind beide schon vorbestraft.

**Aus dem Reich des Herrn Thielen.** Aus wird berichtet: Für die ersten drei Arbeitstage dieser Woche sind etwa 20 Streckenarbeiter, die Hälfte des auf den Bahnhöfen Stralau-Kummelsburg, Frankfurter Allee und Landberger Allee tätigen Personals von ihren Vorgesetzten ausgepöbel worden. Und das kam so: Sonnabendabend wurde bei der Lohnzahlung durch den Bahnammeister der „Beschl“ ausgegeben, daß alle Streckenarbeiter um 11 1/2 Uhr wieder angereuten hätten, um Ries zu laden. Das ist eine Arbeit, für die ein Stundenlohn von 26—32 Pf. gezahlt wird, wofür aber in einer Nacht nicht mehr wie 5 Stunden zur Verrechnung und Verzahlung kommen dürfen, wenn auch die Arbeit 6 bis 7 Stunden andauert.

Die während zehn Stunden des Tages unter steter Lebensgefahr und in brennender Sonnenhitze abgerackerten Leute getrauten sich nicht, dem gestrengen Herrn Bahnammeister zu widersprechen, waren aber in ihrer Mehrzahl auch nicht im stande, den „Beschl“ zu erfüllen und erlittenen daher nicht zur Nachtarbeit. Demerselbst, daß diese Arbeit für einen Privatunternehmer zu leisten ist, der seine Arbeiter, weil diese zu teuer waren, nicht zur Nachtarbeit stellte. Die Folge war, wie gesagt, daß jeder, der gestern sich zur Arbeit meldete, den Beschl nicht erhielt, daß er 3 Tage aussetzen mußte, weil er nicht zur Nachtarbeit erschienen sei. Es sind Arbeiter darunter, die fünf Jahre und länger den gefährlichen Dienst auf der Bahn

ausgeführt haben. Ob der Eisenbahnstaus sich darüber klar ist, wie sehr solche Maßnahmen die Arbeiter über das Wesen des Staats der Sozialreform aufklären?

**Durch einen Revolvererschuss** in die Brust verunglückte sich gestern vormittag gegen 11 Uhr der 24 Jahre alte Bankbeamte Franz Weiß aus Hamburg in der Zimmerstraße 43/44 zu töten. Weiß kam am Sonnabend hier an, um sich mit einem an der Jerusalemer Straße 3 wohnenden Mädchen zu verloben. Er glaubt, daß seine Braut ihm untreu gewesen sei. Sie beschwor ihre Unschuld und schlug bei einer Auseinandersetzung gestern Abend vor, sich mit ihm zu erschließen. Weiß hörte darauf nicht, sondern lief weg. Gestern morgen schickte er durch seine Wittin einen Brief an das Mädchen, in dem er die Überzeugung ausdrückte, daß sie ihm nicht treu bleiben werde. Beim Empfang des Briefes könne sie überzeugt sein, daß er nicht mehr lebe. Bald nachdem die Wittin weggegangen war, schoß er sich aus einem kleimaltrigen Revolver eine Kugel in die linke Brust. Die Frau fand ihn auf dem Teppich liegen und ein Stabsarzt der Feuerwache, der zufällig vorbei kam, verband ihn und ließ ihn in ein Krankenhaus bringen.

**Pockenverdächtige Erkrankungen.** Zu besonderen Vorkehrungsmaßnahmen hat eine Anzahl von pockenverdächtigen Erkrankungen dem Gesundheitsministerium und der Charité Veranlassung gegeben. Die Erkrankten selbst befinden sich alle auf dem Wege der Wiedergenesung. Um zu verhindern, daß sich etwa von den Varaden aus, in denen sie behandelt werden, Krankheitskeime verbreiten, dürfen die Wärter der Varaden diese bis auf weiteres nicht verlassen. Besuche in den Varaden sind streng untersagt. Alle Leute, welche die Varaden als geheilt verlassen, werden genau untersucht und müssen noch ein Sublimatbad nehmen.

**Von einem Kollwagen überfahren** wurde Montagmittag gegen 12 Uhr an der Ecke der Lothringer- und Gornamstraße der 21 Jahre alte Handlungsgehilfe Walter Störmer aus der Simeonstraße 44. Der Verunglückte erlitt außer Abschürfungen am Gesicht einen Bruch des rechten Oberarmes und schwere innere Verletzungen. Die Rettungswache in der Kastanien-Allee leistete ihm die erste Hilfe und ließ ihn mit einem Kollwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen.

**Der Arbeiter,** welcher am Freitagnachmittag in der Bentzstraße beim Abladen von Thonröhren verunglückte, ist erfreulicherweise noch am Leben und befindet sich auf dem Wege zur Genesung. Infolge Mitteilung vom Sonntag, wonach der Arbeiter seinen Verletzungen erlegen wäre, ist also eine irrthümliche gewesen.

**Beim Auspringen** aus einem elektrischen Straßenbahnwagen während der Fahrt verunglückte am Sonnabendabend an der Kronprinzendstraße die 17 jährige Stenographin Marie Wudow aus der Reuenburgerstr. 1a. Sie geriet unter den Anhängern und zog sich eine so starke Quetschung der Wirbelsäule zu, daß sie durch einen Schutzmantel nach der Charité gebracht werden mußte.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Wegen plötzlicher Verhinderung des Vortragenden fällt heute abend der Unterricht in Gesellschaftern aus. Wird später nachgeholt.

**Ein zweitägiges Hegerrennen** begann Sonntag auf der Rodrenbahn Friedenau. Am Sonntag war das Rennen nur durch bemerkenswert, daß der Franzose Jacquelin sich eine böse Niederlage holte. Im Vorlauf wie im Hoffnungslauf wurde Jacquelin geschlagen; die Rennen endeten damit, daß Billy Ared gegen Ellegard und Seidl Sieger blieb. Die beiden Preise wurden von Schilling, Münder, Dente und dem Landpaar Huber-Seidl gewonnen. Der Besuch der Bahn war am Sonntag nur mäßig.

Das internationale Hauptfahren am Sonntag hatte folgendes Resultat: Erster Lauf: Ared, Erster, Huber, Zweiter, Jacquelin, Dritter; zweiter Lauf: Taylor, Seidl, Ellegard; dritter Lauf: Huber, Ellegard, Jacquelin. Im Endlauf siegte Taylor glänzend über seine Mitbewerber Ared und Huber.

**Aus den Nachbarorten.**  
**Schöneberg.** Nach dem Muster der Ort-Krankenkassen anderer größerer Städte beabsichtigt nun auch die hiesige Orts-Krankenkasse, zu welcher auch noch die Nachbargemeinde Friedenau gehört, eine Reorganisation vorzunehmen. An Stelle des Altersklassensystems soll, wünschig schon zum 1. Januar 1902, das Lohnklassensystem in geacht werden, welches sechs aufsteigende Klassen enthalten soll. Natürlich dürfte es dabei ohne Erhöhung der Beiträge nicht abgehen. Nach dem Vorschläge des Vorstands sind vorgesehen für die erste Klasse ein Lohnsatz von 3,51—4 M., die zweite 3,01—3,50 M., die dritte 2,51—3 M., die vierte 2,01—2,50 M., die fünfte 1,51—2 M. und für die sechste Klasse ein Lohnsatz von 1,50 M. und weniger. Sollte die Aufsichtsbekörde (in diesem Fall der Landrat) sich zustimmend äußern, so dürften die einleitenden Schritte zur Verwirklichung des gewiß berechtigten Wunsches bald getan werden und zwar zum Segen der Versicherten. — Die beiden neuen Schulgebäude in der Feuer- und in der Rudensstraße sind in ihrer äußerlichen Form vollendet und werden hoffentlich noch dieses Jahr ihrer Bestimmung übergeben werden können. Beide sind mit allen hygienischen Einrichtungen, mit Badegelegenheit etc. versehen. In dem neuen Viertel (Friedenauer Ortsteil) in der Nähe der Rudensstraße wird sich außerdem noch das neue Schöneberger Krankenhaus erheben, zu dessen Fertigstellung 3 Jahre in Aussicht genommen sind und das vollständig mit 350 Betten belegt werden soll. Der Errichtung des Krankenhauses ist eine jahrelange Agitation vorangegangen und sie war schon längst dringendes Bedürfnis. Nicht zum wenigsten hat die hiesige Arbeiterschaft durch rastlosen Hinweis auf die Notwendigkeit eines solchen durch Wort und Schrift, in Versammlungen und bei den beruflichen Körperkassen zur endlichen Verwirklichung des Plans beigetragen.

**In der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung** beschäftigt man sich wieder einmal mit der Wohnungsnot. Anlaß hierzu gab eine Magistratsvorlage, welche die Bewilligung von 15 M. monatlich auf 8 Monate vom 1. Mai er. ab für die Hauswarterin Seefeldt verlangte. Die Frau hat die Reinigung in dem Stadthaus Moritzstr. 9, in welchem zur Zeit die Wohnungslöser (zwei Familien) untergebracht sind. Motiviert wurde die Vorlage damit, daß die Frau durch die dort untergebrachten Obdachlosen eine erhebliche Mehrarbeit habe und daß sie häufig den erst nachts heimkehrenden Männern die Hausthür öffnen müsse. Auf die aus der Versammlung gestellte Frage, ob denn die dort Untergebrachten auch Miete zahlen müßten, erklärte der Oberbürgermeister Köhler, daß der Magistrat es abgelehnt habe, Mieten zu erheben, weil dadurch schließlich Exemptionsprozesse entstehen könnten und die Stadt doch keine Miete erhalte. Wie es ihm vorkomme, scheinen die im Stadthaus untergebrachten Familien gar keine Anstalten zu machen, sich eine andre Wohnung zu besorgen; er hoffe aber, daß dies sich zum 1. Juli ändern werde, da dann ja wohl wieder Wohnungen zu haben sein werden. Ein ständiges Asyl für Obdachlose werde für Spandau nicht nötig sein, denn er sehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Wohnungslöser eine vorübergehende sei. Die im Stadthaus untergebrachten Familienwäter seien meist junge rüstige Leute, die wohl arbeiten können, zwei davon haben beim Kohlenladen sogar 68 Pf. pro Stunde verdient (wie lange die Arbeit gedauert, sagte der Herr aber nicht). Das Stadthaus werde pünktlich um 10 Uhr geschlossen. Hauschlüssel werden nicht verabfolgt, da erstens die Stadt nicht so viele Hauschlüssel machen lassen kann (sicherlich) und zweitens jeder, der sich von der Stadt unterbringen lasse, sich auch in Hausordnungen fügen müsse. Vom Genossen Dusch wurde bemerkt, daß er nicht glaube, die Wohnungsnot werde sich vom 1. Juli ab vermindern. Familien mit viel Kindern werden auch nach dem 1. Juli ohne Wohnung sein. Er sprach dann sein Bedauern darüber aus, daß die gemischte Kommission für das Wohnungswesen keine weiteren Schritte gegen die Wohnungsnot gethan. Mit solchen Mitteln werde man die Wohnungsnot nicht aus der Welt schaffen. Fördernd für die Städt.

keit sei es auch nicht, wenn zwei Familien in einem Zimmer untergebracht würden. Dies erkannte auch der Oberbürgermeister Köhler an und bemerkte, er habe deshalb bei den Familien im Stadthaus angefragt, ob sie wünschten, daß die Geschlechter getrennt würden; das habe man aber nicht gewünscht. (Nach den bürgerlichen Stadterordneten.) In die Kommission für das Wohnungswesen wurde an Stelle der freiwillig ausgeschiedenen Genossen Nieger der Genosse Kunkel gewählt.

**Lichtenberg.** Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 670.000 M. die als Baugeld für die Errichtung eines Armenhauses, einer Schule, sowie zur Umpflasterung und Neupflasterung von Straßen, zur Bezahlung des Bauplages für ein Amtsgerichtsgelände und zur Erweiterung der Gas- und Wasserwerke dienen soll. Die Ködner-Rothsche Kanalisation, die, wie der Gemeindevorsteher ausführte, ein Schmerzenskind der Gemeinde ist, soll auf Veranlassung der Regierung einer Veränderung im Abwasserverfahren unterzogen werden. Beschlossen wurde, Berlin anzugehen, den Anlaß der Verbindungsbahn belegenem Ortsteil an die Berliner Kanalisation anzuschließen. Ebenso stimmte die Versammlung der Abänderung des Bebauungsplans für die Straßen westlich der Frankfurter Chaussee zu. Der vom Fürsten Henkel v. Domersdorf geforderten Ausverleibung seines 200 Morgen großen Terrains und Einverleibung desselben in Berlin wurde lebhaft widersprochen. Die Gemeindeverordneten Grauer (Soc.), Plogz, Wiedmann (Bürgerliche) führten übereinstimmend aus, daß, wenn Berlin Lichtenberger Grund und Boden einverleiben wolle, es ganz Lichtenberg nehmen müsse.

**Die Gemeinde Lichtenberg** läßt längs der Grenze bei Friedrichsfelde ein Wasserdruckrohr verlegen. Diese Arbeiten scheinen in gefährlicher Weise beschleunigt zu werden. Am Sonnabend stürzte das nicht abgefeuerte Erdreich in die Grube, einen Arbeiter, der sich nicht mehr in Sicherheit bringen konnte, unter sich begrub. Der Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation in der Warthauerstraße gebracht. Am Montag aber wurde die Absteifung der Baugrube vorgenommen. Auf Anordnung des Gemeinde-Bauamts? Wer weiß?

**Eine abermalige Schwurgerichts-Verhandlung** gegen den Giftmörder vom Teufelssee, Lötzer Eugen Jänide, wird nun dennoch stattfinden. Jänide wurde bekanntlich längere irrenärztliche Beobachtung für geisteskrank erklärt, so daß seine Verurteilung wegen des Mordes der Luise Bergner nicht erfolgen kann. Formell muß aber trotzdem das gegen ihn bei dem Potsdamer Schwurgericht schwebende Verfahren zu Ende geführt werden, weil das Reichsgericht das Todesurteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen hat. Infolge dessen wurde auf Anordnung des Kammergerichts das Potsdamer Schwurgericht zum Montag, den 24. Juni, einberufen.

**In Werder** sind die ersten Kirchen Sonnabend und Sonntag infolge der großen Hitze zur Reife gelangt. Die unter dem Namen „Frühste der Mark“ bekannte und geschätzte Kirchengorte, welche zuerst Wäiten angelegt hatte, hat auch die ersten reifen Früchte gebracht. Ihre Qualität ist aber noch nicht so bedeutend, daß sich ihr Transport nach Berlin lohnte. Vielmehr trifft nur mit Kirchen beladene Dampfer der Wärdischen Obstzähler-Gesellschaft am nächsten Montag früh in Berlin zum erstenmale vor der Dorowischen Markthalle ein.

**Eingegangene Druckschriften.**  
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 35. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Mit einem blauen Auge. — Blanqui und der Blanquismus. I. Blanqui's Lebensgang. Von Paul Louis. — Die Lage der Textilindustrie und ihrer Arbeiter. Von einem Textilarbeiter. — Vernehmlich die Kritik und neue Scherzungen. Von R. Kautsky. — Die deutsche Städteverwaltung. Eine Selbstanzeige von G. Hugo. — Kerze im Gewerbe. Aufsichtsdienst. Von Helene Simon. — Ritterliche Rundschau: Eduard Buchs und Hans Krömer. Die Karikatur der europäischen Völker. — Heulleton: Tschadom's Revue „In der Schlacht“. Von Professor Oshanski-Kulikovskij. Aus dem Russischen übertragen von Eugenie Klinton.

**Der „Wahre Jakob“** hat soeben die 12. Nummer seines 18. Jahrgangs erscheinen lassen. In dem farbigen Titelbild „General Kitchener's Gesichtsrunde in Sidra“ werden die angehenden Erfolge Kitchener's über den Boerenführer De Wet verpöbelt; das farbige Bild „Ein festes Bollwerk“ glorifiziert die Auffassung, welche der preussische Junker von seiner Mission gegen den Kufurs hat, um mit dieser Mission die Forderung der erhöhten Getreidepreise zu begründen. Weitere Bilder beschäftigen sich mit der Niederlage der Schwanddamer in der letzten Reichstags-Sitzung, mit der Affaire Droga u. a. Das Zeitbild ist dem „Reichstag in Berlin“ gewidmet; ferner erwähnen wir die Gedichte „Wir wählen“, „Die Sendarmen“, das Gedicht in Prosa „Verletzung“ von Clara Müller und die satirische Skizze „Wälder-Hydrologie“.

Im Verlage von J. D. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben in russischer Sprache erschienen: **Selbstherrlichkeit und Landhände in Rußland.** Geheime Denkschrift des russischen Finanzministers Witte aus dem Jahre 1899. XLIV und 212 Seiten gr. Oktav. Preis 4 M.

**Marktpreise von Berlin am 1. Juni 1901**  
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen	gut D-Gir.	—	Kartoffeln	neue D-Gir.	7.—
	mittel	—		Altschiff	1,80
	gering	—		do. Rauch	1,20
Roggen	gut	—		Schweinefleisch	1,80
	mittel	—		Rohfleisch	1,80
	gering	—		Hammelfleisch	1,60
Gerste	gut	16.—		Butter	2,60
	mittel	14,90		Eier	60 Stk. 3,60
	gering	13,80		Korpfen	1 kg 2.—
Hefe	gut	16,20		Malt	2,60
	mittel	15,40		Hanf	2,60
	gering	14,70		Gerste	2,40
Mischstroh		7,23		Hirse	1,60
Heu		8.—		Schicke	2,80
Größen		40.—		Bleie	1,20
Spreischneen		45.—		Kreble	per Ekd. 18.—
Winsen		70.—			

\* Drei Wagen und ab Waagen.

**Produktenmarkt vom 3. Juni.** Der Getreidemarkt zeigte heute feste Tendenz, namentlich Weizen. Veranlassung dazu gaben besonders die Meldungen aus Oestreich-Ungarn über große Lücke und Beschädigung der ungarischen Weizenfelder durch Frost. Auch bei uns mehrten sich die Klagen über den andauernden Mangel an Regen. Amerika sandte ebenfalls höhere Kollierungen. Nach mehrer Weizen-Gauste und 32 Heller höhere Weizenpreise für Oktober. Infolge all dieser Momente, zu denen noch Preissteigerungen und Neukaufe namentlich für September kamen, zogen die Weizenpreise für Weizen per Juli um etwa 1/2 M., per September 2 M. an. Roggen wurde dadurch mitbeeinflusst und notierte durchschnittlich 1/4 bis 1 M. höher. Für Weizen, das 5 Proz. höher lag, zeigte sich etwas mehr Kaufkraft. Hefe war wenig verändert und still; Mais gut beauptet. Kaffee 50 Pf. höher.  
\* Spiritus blieb ohne Notiz.

**Vermissliches.**  
**Ueber ein Eisenbahn-Unglück** wird amtlich aus Dresden gemeldet: Als Sonntagvormittag gegen 10 Uhr der Wozug für den nach Reichensbach im Vogtland verkehrenden Personenzug 1008 an der Haltestelle Ede Krone hielt, fuhr die vom Zuge abgebliebene Schiebmaschine heftig gegen den Schlupfwagen des Zugs. Acht Reisende wurden am Kopfe verletzt, aber so leicht, daß sie sich an ihr Reiseziel begeben konnten.

**In Karlsbad** wüthete am Sonntag ein arges Unwetter. Von den Bergen strömten Wasserengen herab, rissen Straßen auf, überfluteten die Läden und entwurzelten Hunderte von Bäumen in den umliegenden Wäldern; ein starkes Gewitter vermehrte noch das Unheil, so daß die Hüfte der Feuerwehr vielfach in Anspruch genommen wurde. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Abends hatte die Stadt wieder ihr gewöhnliches Aussehen. — Auf der Strecke Zeit-Camburg ist der Teil von Camburg bis Schoelen, nach amtlicher Meldung, infolge Unterwaschung







Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein Mann und langjähriger Vater, der Bauarbeiter **Ferdinand Geitner** am Sonntag von seinem langen schweren Leiden durch den Tod erlöst ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Andreadistrikts, Wilhelmberg, aus statt. [1084b]

Die trauernden Hinterbliebenen **Frau Auguste Geitner** nebst Kindern.

**Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.** (Sten.)

**Todes-Anzeige.** Am Sonntag, den 2. Juni starb unter altem Mitglied, der Bauarbeiter **Ferdinand Geitner.** Erhe seinen Andern! Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Andreadistrikts, Wilhelmberg, aus statt. Um rege Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Am Sonnabend, den 1. Juni 1901, früh 5 Uhr, starb nach kurzen Leiden mein guter Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Metallfeiler **Hermann Rösler** im Alter von 42 Jahren. Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen **Karl Bode.** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Köpplerstraße 19, aus statt.

**Todes-Anzeige.** Am 1. Juni vormittags starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege, der Metallfeiler **Hermann Rösler** im 42. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Köpplerstraße 19, aus statt. Die Kollegen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

**Verein der Tischler Berlins u. Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation).** Dienstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, bei Franke, Pallasdenstr. 9: **Vertrauensmänner-Versammlung.** Mitgliederbuch und Karte legitimiert. **Achtung! Süd-Osten.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß bei Schüssel, Grünauerstr. 17, eine Wahlstelle erledigt ist. Für das Wirtschaftslokal der Vereinigten Gewerkschaften in einer bedeutenden Industriestadt Württembergs wird ein tüchtiger Wirt, der über Kapital verfügt, gesucht. — Frequenz der Wirtschaft kann nachgewiesen werden. — Gefl. ausführliche Offerten sub Chiffre P. 6 an die Exp. d. Bl.

**Fahrräder!** Neue und gebrauchte sehr billig. **Memelerstr. 48a, Königsbergerstrasse.** Bequeme Teilzahlungen. **Carl Röper.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel, der Sattlermeister **Hermann Meeser** nach langen, schweren Leiden am Sonntagabend um 7 Uhr an Schlaganfall erkrankt, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Doppelstr. 22, nach dem Emmaus-Kirchhof statt. Die trauernden Hinterbliebenen **Auguste Meeser** geb. **Deltrich** nebst Kindern. 1077b

**Außerordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Zinngießer** am Mittwoch, den 12. Juni cr., abds. 8 Uhr, bei Herrn Jannasch, Anselstr. 10, statt, wozu sämtliche Vertreter der Arbeitnehmer hiermit eingeladen sind. Tages-Ordnung: 1. Statutenänderung resp. Abänderung der 10. oder 11. Abänderung zum Statut, 2. Herabsetzung der Leistungen oder Erhöhung der Beiträge. 2. Verschiedenes. 1078b Berlin, den 3. Juni 1901. **Der Vorstand.**

**Marly-Schrot** feinsten Kaffe Zusatz. Gibt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack. — 1/2 Pfd. Original-Packet 15 Pf. — **Deutsche Kaffee-Rösterei A. Pennitz,** Berlin C., Rosenthalerstr. 59 und in den mit Placat versehenen Handlungen.

**6. Wahlkreis.** Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Kleinert, Schulstr. 29: **Volks-Versammlung für Männer und Frauen.** Tages-Ordnung: 1. Die Thätigkeit der Socialdemokratie im Roten Hause. Referent: Stadtverordneter Augustin. 2. Diskussion. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vertrauensmann.**

**Arbeiter-Vertreter-Verein.** Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Sommerfeld über „Gewerbe-Hygiene“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 53/7 Gaffe, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. **Der Vorstand.**

**Achtung! Barbierere. Achtung!** Donnerstag, den 6. Juni 1901, abends 10 Uhr, bei Wernau, Schwedterstr. Nr. 23/24: **Große öffentliche Versammlung der selbständigen Barbier u. Friseur der Schönhauser Vorstadt.** Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns zu den Forderungen der Gehilfen? 2. Zur Freierhöhung? (Bei jedem Punkt findet Diskussion statt.) NB. Kollegen! Erhebt Mann für Mann! Es gilt unsere fernere Existenz zu sichern. 1087b **Der Einberufer.**

**Bräuerei!** Teile der geehrten Kundschaft hierdurch ergehen mit, daß ich die **Bräuerei des Herrn Louis Tabbert,** Oberschöneeweide, Wilhelmshofstr. 19, käuflich erworben habe. Es wird mein Bestreben dahin gehen, nur gutes Bier aus bestem Malz und Hopfen meiner Kundschaft zu verabreichen. 150/17 **Hans Lorenz,** Oberschöneeweide, Wilhelmshofstr. 19.

**Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.** G. G. m. b. H. Am Dienstag, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Thomaschen kleinen Saal, Hermannstraße, für die Rixdorfer Mitglieder. Tages-Ordnung: 1. Die stellen sich die Mitglieder zum gemeinsamen Einkauf von Preisthosen. 2. Verschiedenes. Da Punkt 1 der Tagesordnung von weittragender Bedeutung ist, so erfordern wir dringend um zahlreichen Erscheinen. Proben von Preisthosen liegen in den Verkaufsstellen aus. 90/17 **Der Vorstand. J. J. Hoede.**

**Kinderwagen-Bazar „Baby“.** 1. Invalidenstr. 100. 2. Oranienstr. 31. 3. Belle-Alliancestrasse 107, am Bücherplatz. 4. Gr. Frankfurterstrasse 115. 5. Brunnenstr. 92. 6. Reinickendorferstrasse 26-a. 7. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 55. **9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-60 Mk. 8, 15-100 Mk.** Riesenauswahl. Teilzahlung gestattet. [1561L] Bei größeren Raten Cassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorschussvereins.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/4 Uhr: **Vertrauensmänner-Versammlungen** Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Südosten: bei C. Behrend, Mantensfelstr. 95. Tages-Ordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Süden: bei Ketzolk, Wasserhorststraße 68. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Obmanns und der Kontrollkommission. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen folgender Werkstellen sind hierzu eingeladen: Gaffe, Präser und Selma, Brandenburgerstr. 19.

**Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes. Sämtliche Vertrauensleute sind verpflichtet die Karten umzutauschen. **Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84.** Tages-Ordnung: Bericht der Vertrauensmänner. Folgende Werkstellen sind eingeladen: Hergel, Neß, Herrmann, Thierbach, Radtke, Glasenap.

**Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstraße 23.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Adresse des Obmanns ist: Robert Fendel, Gerichtstr. 64.

**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstr. 23.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Dampferpartie nach Schmiedewitz am 11. August stattfindet. Näheres wird noch mitgeteilt.

**Modell- u. Fabriktschler, sowie Modell-drechsler im Lokal von Dieke, Aderstr. 123.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. **Der Obmann. G. Deringhaus, Reichensbergerstr. 3.** **Musikinstrumenten-Arbeiter bei Nowack, Mantensfelstr. 9.** Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Jede Werkstatt muß vertreten sein.

**Drechsler.** **Osten: Köpenickerstr. 41 bei Matthes.** **Süd-Osten u. Süd-Westen: Admiralstraße 18c bei Möhling.** **Norden: Brunnenstraße 150 bei Neumann.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obmänner. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliederbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert. **Achtung! Stockarbeiter. Achtung!** Mittwoch, den 5. Juni, bei Wärschel, Fädenstr. 26: **Vertrauensmänner- und Branchenkommmissions-Sitzung.** Es ist Pflicht jedes dazu Berufenen, pünktlich um 8 Uhr zu erscheinen. **Der Obmann. Gister, Schulzendorferstr. 17a.**

**Achtung, Parkettbodenleger!** Mittwoch, den 5. Juni 1901, abends 8 Uhr, Engel-Ufer 15, Saal II: **Kommisionssitzung mit Vertrauensleuten und sämtlichen Vergnügungsausschusses-Mitgliedern.** Die Kollegen Gray und Karl Lange sind eingeladen. 105/5 Um pünktliches Erscheinen ersucht **Die Kommission.**

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.** **Restauration** sofort zu verkaufen. Kaufkraft erreicht Karl Schulz, Diestensbachstraße 54, Restauration. 41\* **Restauration** mit Borgarten zu verkaufen. Zu erforschen Rixdorf, Dertshofstraße 1a. Nähe Bahnhof Rixdorf. 1575b **Edelkaffee** mit schönem Borgarten verkauft Lehmann, Schulstraße 12. 1096K\* **Bauhilfen** im herrlichen Vorort (Stettiner Bohn) Bepflanzung, Licht an der Bahn, verkauft sehr billig der Eigentümer Jores in Bepflanzung. 1632b\* **Elegante** vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlangt handbarmann, Unter den Linden 21 II **Taschenbänder** mit hübscher Handhaken, wenig angefangen, 1,30, Dausig, Wälschstraße, Alexanderstraße 67a. 7082\* **Teppiche, Gardinen, Remontierarbeiten** spottbillig verkauft, Reandersstraße 6. 68/4\* **Wetten, Steppdecken, Regulatoren** spottbillig verkauft, Reandersstraße 6. **Wasserhähne** vorrätig, Gutgeschäft, Waldamerstraße 61. (Handnummer beachten.) 7042\* **Kinderwagen.** Sportwagen, Kleinauswahl, Bazar Baby, Zionsdenstraße 100, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 6472\*

**Nähmaschinen** und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 867b **Fahrräder!** Teilzahlungen. Kleinauswahl, Halbfremdräder, Tourenfahrräder, Damenräder. Gebrauchte 35 Mark an. Ersatzunterricht. Reparaturen sachgemäß, preiswert. Fahrrad-Industrie, Alexandrinenstraße fünfundsversig, Stallreiterstraße. 6382\* **Kaubau!** Gebrauchtes und neues Korbholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Feer, billig. Reithaler Damm 22. **Für Kaubau** sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Mark. Charlottenburg, Sewardstraße 89. 1105b\* **Stare zum Anlernen, Papageien, Waldvögel** billig. Schneide, Große Frankfurterstr. 13. 7002\* **Papageienwahl.** graue, grüne, fingspergeln, sprechend, 25 Mark, Oranienstraße 87. 1625b **Kindernährmittel,** feinst, frisch, offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Druggerie, Paul Wendt, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 1846b **Malstrahltrieb,** blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, über 1000, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50, vormals. Nicht falschen, Qualität entscheidend. Portierkeller, Ringler Bernauerstraße 119. 97/10\* **Gezungen** Sommerpaletot verkauft Behrand, Leipzigerstraße 115/118. **Bierverlag,** billig, sofort zu verkaufen, Waldemarstraße 30. 1674b **Fahrräder,** verlassene nur erstklassige Marken 40,00 an Verkauf, Sendestraße 20. 1078b **Tischlerei** für Kundenarbeit mit Kundschaft sofort veräußert, Marktgrabenstraße 75. 1080b **Fahrrad,** wie neu, spottbillig, Brügerstraße 8 III, Berlin. 1085b

**Vermischte Anzeigen.** **Elektrotechnik.** Jasson, Alte Jakobstraße 24. Nur Abendkurse; geeignete Lehrmittel. Gründliche theoretische und praktische Ausbildung; monatlich 6 Mark. Beginn 7. Juni. Näheres durch Prospekt. 7072\* **Fransösisch (billig)** Breitelstraße 5. **Englisch (billig)** Dreiecksstraße 5. **Violin, Klavier** Unterricht, Methode Doktor Brennecke, Ronasthoronor 10,00, Oranienstraße 118. 1\* **Patentanwalt** Dammann, Oranienstraße 57, Marienplatz. Gründlich kostenfreier Rat abends bis neun **Schiffliche** Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsbescheide, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig. Franz Wüthgen, Christenburgerstr. 32, Quergebäude III. **Unfalllagen.** Invalidentagen, Reklamationen fertig. Schulze, Bergmannstraße 107. 1089b\* **Tamendleder** reinigen, färben, Herrensätze reinigen von 1,50 Mark an. Rotmildt, Färberstr. 18 **Anfertigung** eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. **Zahngelüste** und künstliche Zähne, unbrauchbare taugt und holt Herzfeld, Vintzenstraße 80a. 1055b **Stoff, Tuch, Futter-Reihe** taugt. Seiler, Teichwerstraße 44. Volkstraße. **Wernau** Heilade und Garten, Schwedterstraße 23. Sonnabend an Bereme zu vergeben. 749\* **Bereinzimmer,** neu renoviert, Grünstraße 21, Weidmarkt. 7142\*

**Vermietungen.** **Fabrikräume,** Doppellicht, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. F. Simon, Michaelstraße 1. 7092\* **Zimmer.** **Landaufenthalt,** Zimmer Woche 5 Mark. Eggersdorf-Straußberg, Wende. 1022b **Möbliertes** Zimmer zu vermieten bei Witwe Dehrich, Rartannenstraße 31, vorn 4 Treppen. 71 **Schlafstellen.** **Möblierte** Schlafstelle zu vermieten. Köpfer, Grünerweg 64, vorn IV. 1081b **Arbeitsmarkt.** **Politurarbeiter** verlangt Kolzig, Engel-Ufer 10.

**Kordmacher-Gesellen** auf Wagh-flepen verlangt W. Holze, Oranienstraße 3. 1075b **Dirigent** für Freitag sucht der Männer-Gesangsverein „Ruf“, Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes, Wiegnerstraße 18, Ringelb. 1086b **Zwei Kordmacher-Gesellen** auf Grün verlangt Wärschel, Weidenlee, Prenzlauer Chaussee 1. 7120\* **Gebüde** Arbeiterinnen auf Knaben-sachen verlangt Wernau, Schwedterstraße 137. 71 **Musen** Arbeiterinnen für große Polier verlangt Heumann, Brüderstraße 37. 756 **Maschinenführer** für Waschl-Knabensachen im Hause verlangt Heumann, Brüderstraße 37. 746 **Kinderkleider-Arbeiterin** verlangt Witze Jakobstraße 61, Westergasse. **Gebüde** Wamsfeld auf Ladetts finden das ganze Jahr hindurch bei mir Beschäftigung. Dreie 1,50 bis 2,00 Mark. Engros-Werkstatt, Kasanien-Allee 88. 1051b

**Metalldreher- und Former-Gesuch.** Einige tüchtige, selbständig arbeitende Metalldreher (sowie ein Former, speziell auf bessere Gadamater, werden für dauernde Stellung bei hohem Lohn für Auswärts gesucht. Offerten unter Q. 6 an die Expedition dieses Blatts. **Von einer Schuhfabrik** werden tüchtige Arbeiter für Goodyear, maschinengewendete **Holzabschleube** bei Heiferzeugung, hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht. Nur erste Kräfte haben Berücksichtigung. Offerten unter P. 672 an Germania Annoncenbureau, Berlin, Friedrichstr. 125, erbeten. 150/16 **Achtung! Holzarbeiter.** In der Röhrenmühl-Fabrik von Rook u. Rinne, Schulstr. 21, haben sämtliche Tischler wegen Abganges die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 81/18 **Die Erbsverwalter** des Holzarbeiter-Verbands. **Für die Postabonnenten** unseres Blatts liegt der heutige Nummer ein Prospekt der Zeiler Wärschel Janssen & Co., Cöthen i. Gr. bei. **Druck und Verlag** von Max Bading in Berlin.